

Bezugspreis: Vom 9.—15. Dezember 1 Million oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 9.—15. Dezember für Deutschland, Danzig, Ost- u. Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland 1,35 Goldmark, für das übrige Ausland 1,60 Goldmark. Kreuzbandleistungen nur gegen weisungsfähige Zahlung. Goldbestellung freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ u. „Gedichte und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Helmsiedel“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Eudorf 292-293  
Verlag: Eudorf 2506-2507

Mittwoch, den 12. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Postkontostelle Lindenstraße 3

Einzelheftepreise:  
Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restausgabe 1,20 Goldmark. „Kleine Ausgabe“ des Freitagabends Blatt 0,20 Goldmark (außerdem zwei Freitagabende Blatt). Jedes weitere Blatt 0,10 Goldmark. Einzelhefte des ersten Blatt 0,10 Goldmark, jedes weitere Blatt 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienabonnenten für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

# Unterredung mit Ramsay Macdonald.

## Die Ursachen des Arbeitersiegs. — Warnung vor der deutschen Reaktion.

V. Sch. London, 9. Dezember.

Als Ramsay Macdonald am Sonnabend nachmittag in London wieder eintraf, wurde er am Bahnhof von Hunderten von Anhängern der Arbeiterpartei mit Begeisterung empfangen. Jetzt, auf einmal, wurde diese Tatsache nicht mehr von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen, die während des eigentlichen Wahlkampfes fast gar keinen Raum für die Reisen und Reden der Arbeiterführer gehabt hatte. Jetzt war Macdonald der Mann des Tages, dessen Namen auf aller Lippen war und den weiter zu übersehen einfach kindisch gewesen wäre. Und deshalb veröffentlichte die Londoner Nachmittagsblätter, auch die der Arbeiterpartei am feindlichst Geminteten, zwei Stunden nach Macdonalds Eintreffen in London ausführliche Berichte und sogar schon Blüchelaufnahmen von diesem Empfang.

Genosse Macdonald ist im Laufe des letzten Jahres und besonders dieses Wahlkampfes eine der populärsten Figuren des englischen politischen Lebens geworden. Sobald in einer gegnerischen Versammlung der Name Macdonald aus dem Munde bürgerlicher Referenten fiel, da schallte es aus allen Ecken und Enden des Saales, überall dort, wo Labour-Anhänger saßen, im Chor: „Good old Mac!“ Der gute alte Mac!, unentzerrlich durch Beifallsstößen und -geräusche. Diese Beifallsstöße sind natürlich nach dem glänzenden Siege der Arbeiterpartei erst recht gestiegen, und sie scheinen sogar auf die bisher indifferente Masse abzufallen. Besonders eifrige Anhänger riefen bei seiner Ankunft begeistert aus: „Es lebe der neue Premierminister!“ Das allerdings dürfte den Tatsachen etwas vorauslaufen, aber es entspricht durchaus den Gefühlen der Masse sowie der britisch-demokratischen englischen Tradition, die den Parteiführer an der Spitze der Regierung sehen will, der bei einer Volksbefragung den Sieg davongetragen hat: und das ist diesmal ohne Zweifel James Ramsay Macdonald.

Von dem Straßenlärm dieser Ovationen, wie überhaupt von der Leidenschaft dieses ganzen Wahlkampfes war indes im kleinen Haus Macdonalds in der ruhigen Londoner Vorstadt Hampstead nichts zu merken, als ich es am heutigen Sonntag mittag, gemäß einer telephonischen Vereinbarung, betrat. Mit einem kräftigen Händedruck quittierte er die Glückwünsche, die ich ihm in diesem Augenblick wohl nicht nur im Namen des „Vorwärts“, sondern der gesamten deutschen Partei aussprechen durfte, und schon erklärte er mir im einzelnen die Ursachen dieses schönen Erfolges seiner Partei:

„Wir verdanken unseren Erfolg vor allem der guten und nützlichen Arbeit, die wir in diesem Jahre als Partei der offiziellen Opposition geleistet haben. Wir haben auf diese Art das Vertrauen vieler Kreise erobert, die uns am Werke im Parlament als Oppositionspartei gesehen und die sich von der Regierungspolitik abgewandt hatten. Indem diese Massen zum ersten Male ihre Stimmzettel für die Arbeiterkandidaten in die Urnen warfen, wollten sie gewissermaßen ein Vertrauensvotum für die Opposition abgeben. Sie hatten dieses Vertrauen auch nicht verloren, nachdem die gesamte gegnerische Presse es ihnen abzurufen versucht hatte. Sie haben gesehen, mit welchen Mitteln man gegen uns arbeitete, wie in Ausnutzung des Fehlens einer weitverbreiteten Arbeiterpresse die Blätter nur einen winzigen Raum an möglichst verfeindeter Stelle für die Wahlkampagne unserer Partei übrig hatten. Sie haben fernher gesehen, wie perfides und dummes Zeug über unsere Zugehörigkeit zur „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ tagtäglich gedruckt wurde. Aber das alles hat nicht vermocht, das Vertrauen der Wählermassen zu zerstören, das wir uns durch ein Jahr parlamentarische Oppositionsarbeit erobert hatten. Das ist die Haupterklärung dieses Wahlsieges.“

„Und wie erklären Sie sich die verhältnismäßig starken Gewinne der Liberalen?“

„Die Liberalen hatten das ungeheure Glück gehabt, daß mitten in ihrem fortgeschrittenen Niedergang die Regierung Baldwin Wahlen ausrief mit der Parole: „Absetzung des Freihandels!“ Das war in der Tat die einzige Frage, die geeignet war, die Liberale Partei wieder etwas hochkommen zu lassen, und auch die einzige Frage, die die beiden Flügel der Partei über die persönlichen Rivalitäten der beiden Führer Asquith und Lloyd George hinweg wenigstens vorübergehend wieder zusammenführen konnte und mußte. Unter jeder anderen Wahlkampagne hätten die Liberalen bei der nächsten Wahl noch mehr verloren als im November 1922.“

Ueber die nächste Zukunft äußerte sich Ramsay Macdonald, der es bisher abgelehnt hat, auch englischen Berichterstattern gegenüber Erklärungen abzugeben, sehr zurückhaltend. Wie er betonte, müßte er zunächst mit seinen Kollegen von der Parteileitung der Arbeiterpartei über die Situation Rücksprache halten, sowie den Verlauf seiner allgemein erwarteten Unterredung mit dem König. Nur über den einen Punkt äußerte er sich mit aller Entschiedenheit: „Ich werde keine zwei Minuten bei dem Gedanken einer Koalition zwischen Arbeiterpartei und Liberalen verweilen!“

Zur Klarstellung sei hier folgendes bemerkt: In den führenden Kreisen der Arbeiterpartei, deren Ansichten von denen Macdonalds nicht allzu sehr entfernt sein dürften, herrscht fast übereinstimmend die tiefste Abneigung gegen eine Koalition, einmal weil schon alle Parteien in England die schlechtesten Erfahrungen während des Krieges und seither mit Koalitionen gemacht haben, ferner infolge der scharfen Rivalität zwischen Arbeiterpartei und Liberalen während des verfloffenen Wahlkampfes und nicht zuletzt weil die Ueberzeugung herrscht, daß, wenn die Arbeiterpartei nach einer, zwei oder drei allgemeinen Wahlen abwartet, sie dann über die absolute Mehrheit im Parlament verfügen wird, während sie als Regierungspartei nur Rückschläge riskiert.

Indessen wird die Eventualität einer reinen Arbeiterregierung als Minderheitsregierung nicht von der Hand gewiesen, falls sich die Möglichkeit im Laufe der Audienz Macdonalds beim König dazu bietet. Es wäre dies eine Regierung, die ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen hätte und sich zu diesem Zwecke die stillschweigende Unterstützung zu mindest der Liberalen sowie einige weitere Garantien parlamentarischer Art sichern würde. Als einige dieser Hauptaufgaben werden angeführt: die Lösung der Arbeitslosenfrage u. a. durch Abwälzung der Ausgaben für Arbeitsbeschäftigung von den Kommunen auf den Staat, und außenpolitisch die Wiederherstellung vollständiger Beziehungen mit Sowjetrußland. In der Reparationsfrage wäre zunächst der Ausgang von der Reparationskommission beschlossen, Sachverständigenunterjudung, der nun einmal England zugestimmt hat, abzuwarten, ehe weitere Schritte unternommen würden.

Als ich dem Genossen Macdonald gegenüber am Schluß unserer Unterredung die Hoffnung aussprach, daß der Sieg der Labour Party auch von günstigem Einfluß auf die kommenden Wahlen in Frankreich und Deutschland im Sinne der Kräftigung des internationalen sozialistischen Gedankens gegen die Reaktion sein würde, antwortete er mir: „Ich hoffe, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf gegen“

# Reichsregierung und besetzte Gebiete.

Künftig wird gemeldet:  
Das Reichskabinett hat nach erneuter eingehender Beratung der Lage und Erfordernisse des besetzten Gebietes eine Reihe von Maßnahmen, die im besetzten Gebiet zur Durchführung kommen sollen, beschlossen. Die Rentenmark soll wegen der Gefahr der Verschlagnahme und weil ihre Fundierung im besetzten Gebiet bis jetzt nicht erfolgt ist, im besetzten Gebiet amtlich nicht eingeführt werden, doch bestehen gegen die Verwendung der Rentenmark im Postverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet keine Bedenken. Zur Erleichterung des Ueberganges von der bisherigen Notgeldwirtschaft zur Einführung des wertbeständigen Notgeldes werden nach Verhandlungen mit der Reichsbank geführt werden, die Aussicht auf Erfolg haben.

Die Schaffung von wertbeständigem Notgeld auf der vom Reichsfinanzminister mit den Vertretern des besetzten Gebietes vereinbarten Grundlage soll unverzüglich mit allem Nachdruck durchgeführt werden. Die Ausgabe des wertbeständigen Notgeldes ist in wenigen Wochen zu erwarten. Den Gemeinden und Kommunalverbänden des besetzten Gebietes soll durch Verordnung die Befugnis beigelegt werden, im Wege eines einfachen Gemeindebeschlusses die Zahlung aller Abgaben und Gebühren an die Gemeinde mit wertbeständigem Notgeld anzuordnen.

Gegen die Errichtung der geplanten rheinischen Goldnotenbank bestehen im Kabinett erhebliche Bedenken: insbesondere ist vor der endgültigen Entscheidung in erster Linie die Frage zu klären, ob die rheinische Notenbank in der künftigen Zentralnotenbank aufgehen wird.

Um den Gemeinden die nötigen Einnahmen zu sichern, sollen die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie zwei Drittel des Reichsanteiles an der Umsatzsteuer den Gemeinden, in deren Bezirk sie aufkommen, als Kassenvorschuß überlassen bleiben. Den Gemeinden wird ein Zuschlagsrecht zur Umsatzsteuer eingeräumt.

Entsprechend den Wünschen des besetzten Gebietes und aller politischen Parteien soll das besetzte Gebiet auch weiterhin bei der Erwerbslosenfürsorge nach gleichen Grundsätzen wie das übrige Deutschland behandelt werden.

Die im Uebereinkommen für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge bis 31. März 1924 verfügbaren Mittel sollen nach Erschöpfung der für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet zunächst ausgesetzten 88 Millionen Goldmark in gleichen Sätzen für das besetzte und unbesetzte Gebiet zur Verfügung gestellt werden und zwar mit der Maßgabe, daß Länder und Gemeinden zu den konjunkturierten Reichszuschüssen mindestens in Höhe ihrer gesetzlichen Anteile beisteuern. Die Kurzarbeiterfürsorge muß nötigenfalls abgebaut werden. Es soll ferner die Gewährung von Erwerbslosenfürsorge verweigert werden, wenn vorhandene Arbeit ohne kräftigen Grund nicht angenommen wird.

Im übrigen sollen die bereits einseitigen fiskalischen Maßnahmen so nachdrücklich wie möglich betrieben und vom Reichswirtschaftsminister alle sachdienlichen Mittel angewandt wer-

den, um namentlich durch entschlossenes Vorgehen gegen Ausschreitungen des Kartellwesens eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen.

Die Fürsorge für Gefangene und für die ausgewiesenen Beamten und Privatpersonen soll mit der Maßgabe weitergeführt werden, daß im Hinblick auf die Finanzlage auf Einschränkungen und Ersparnisse bei der Ausgewiesenenfürsorge noch strenger als bisher hingemittelt werden soll.

Die Reichsregierung steht in voller Uebereinstimmung mit dem preussischen Staatsministerium auf dem Standpunkt, daß staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes nur auf verfassungsmäßigem Wege vollzogen werden könnten. Sie lehnt daher nachdrücklich jede Ermächtigung zu Schritten ab, welche außerhalb des in der Reichsverfassung vorgesehenen Weges staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebietes vollziehen oder vorbereiten würden.

## Amerika für Sachverständigen-Konferenz.

Washington, 11. Dezember (W.B.). Vom Welchen Haus wird heute mitgeteilt, daß die Regierung die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Untersuchungs-ausschüssen der Reparationskommission günstig ansehen würde.

Es wird betont, daß, während die Regierung selbst nicht in der Lage sei, offiziell an den Ausschüssen teilzunehmen oder offizielle Vertreter dazu zu ernennen, die Teilnahme amerikanischer Wirtschaftssachverständiger in privater Eigenschaft gebilligt werden würde.

Die Tatsache, daß die Einladung an Amerika zur Teilnahme von allen alliierten Regierungen und ebenso von Deutschland unterstützt wird, wird als bedeutungsvoll betrachtet, da man stets auf der Einstimmigkeit der europäischen Mächte als Voraussetzung für die Sicherung wirksamer amerikanischer Hilfe bestanden hat.

Das amerikanische Interesse an der Untersuchung wird hier par-nemlich auf die Tatsache zurückgeführt, daß die amerikanische Regierung einer der Hauptgläubiger Deutschlands ist.

## Der 70-Millionenkredit.

Washington, 11. Dezember. (W.B.) Im Anschluß an die heutige Veröffentlichung eines Privatbriefes Hoover's, in dem sich dieser für die Auflegung einer deutschen Lebensmittelanleihe im Betrage von siebenzig Millionen Dollar ausspricht, verlautet, daß die amerikanische Regierung die Hoffnung hegt, daß die Anleiheverhandlungen Erfolg haben werden. Präsident Coolidge ist indessen der Ansicht, daß die Tätigkeit der privaten Hilfsorganisationen für die Bevölkerung Deutschlands fortgesetzt werden sollte. Es wird angenommen, daß etwa die Hälfte des Ertrages der geplanten Anleihe für Lebensmittelankäufe in den Vereinigten Staaten verwandt werden wird.



die sich erhebende Reaktion in Deutschland in jeder Form fortsetzen wird. Wir verfolgen hier die Phasen dieses Kampfes mit der größten Aufmerksamkeit. Und wenn die deutsche Reaktion erfolgreich sein sollte, so würde die britische Arbeiterpartei mit sehr geringer Hoffnung in die Zukunft Europas blicken!

### Baldwin bleibt.

London, 11. Dezember. (Reuter.) Es verlautet, daß Baldwin im Amte bleiben wird, da er von seinen Ministerkollegen und der konservativen Partei das Versprechen der Unterstützung erhalten hat.

Das Kabinett kam heute vormittag zum ersten Male seit den Wahlen zusammen. Alle Minister waren anwesend. Baldwin führte den Vorsitz. Nach Beendigung der Sitzung lehnten die Minister strenges Stillschweigen, doch wird die Veröffentlichung eines Communiqués erwartet.

Das konservative Hauptquartier meldet, das Kabinett werde am Aude bleiben, bis es zum Rücktritt gezwungen werde. Man glaube, daß binnen einem halben Jahre Neuwahlen notwendig werden würden.

In Arbeiterkreisen wird erklärt, die Partei werde wahrscheinlich nicht die erste Gelegenheit benutzen, um die Regierung bei der Adressdebatte zu stürzen, sondern warten, bis die Regierung den einen oder anderen Antrag einbringt, gegen den die Arbeiterpartei aus Überzeugungsgründen stimmen könnte.

### Die Einberufung des Parlaments.

London, 11. Dezember. (W.T.B.) Amlich wird mitgeteilt: Das Kabinett hat einstimmig entschieden, daß es seine Pflicht nach der Verfassung ist, das Parlament sobald wie möglich einzuberufen. Das Parlament tritt daher, wie festgesetzt, am 8. Januar zusammen.

### Sie hoffen auf Spaltung.

#### Die Reichspresse zur Funktionärversammlung.

Die Reichspresse behandelt die Berliner Funktionärversammlung als ein gesundes Fressen. Mit einer Ausführlichkeit, die man an die inneren Angelegenheiten der Sozialdemokratie sonst nicht verwendet, werden einzelne Reden wiedergegeben. Der „Berl. Lokal-Anzeiger“ triumphiert:

„In dem Verlauf und in dem Ausgang dieser Versammlung spiegelt sich die ganze Zerrissenheit der sozialdemokratischen Partei und ihre innere Schwäche auf das deutlichste wieder.“

Mit einem scheinheiligen Stoßfussler fügt er, der Wahrheit zuwider, hinzu:

„Und dieser Partei wird immer noch, auch jetzt wo sie in der Regierung selbst nicht vertreten ist, ein maßgebender Einfluß auf die Geschicke des deutschen Volkes eingeräumt.“

Die volksparteiliche „Zeit“ behauptet, es bestehe innerhalb der Partei eine „als Sprengkörper wirkende Organisation“. Kräfte seien tätig, die auf die Zerlegung der Partei hinarbeiteten. Zu der angenommenen, ihr im Wortlaut noch nicht bekommenen Resolution über die Einheit der Partei bemerkt sie hoffnungsfreudig:

„Die natürliche Entwicklung der Dinge, die sich auch im Verlauf der Funktionärkonferenz andeutet, kann durch solche Beschlüsse nicht aufgehalten werden.“

Den Herrschaften könnte in der Tat nichts Lieberes passieren, als wenn die Sozialdemokratie wieder auseinanderfiel oder in inneren Kämpfen ihre Kräfte aufrieb. Indes ist ihre Freude verfrüht. In einer großen Partei, die ihre Meinungskämpfe öffentlich austrägt, werden immer von Zeit zu Zeit innere Spannungen bemerkbar werden, und es wird mancherlei zutage treten, was bei anderen Parteien im stillen Kämmerlein ausgetragen wird. Dennoch soll die vorläufige Freude der Gegner allen Sozialdemokraten ein Signal dafür sein, die Streitigkeiten über tatsächliche Streitfragen zu beenden und sich mit vereinter Kraft ihren gemeinsamen großen Aufgaben zuzuwenden.

### Eine Stimme aus dem Osten.

Von Willy Möbus.

Unzählige Köpfe haben sich zergrübelt, um den Weg zu finden, der die Menschheit zur Glückseligkeit, zu Frieden und Gerechtigkeit führen soll. Der Sozialismus sieht die Ungerechtigkeit der Welt erwachsen aus den materiellen Verhältnissen. Sie haben einen ganz bestimmten Einfluß auf das Denken und Fühlen und damit auf das Handeln der Menschen. Die Verhältnisse wirken auf den Menschengeist, dieser wirkt zurück auf die Verhältnisse. In wechselseitiger Beeinflussung ändern sie sich ständig. Gelinge es starkem Willen, die materiellen Grundlagen unseres Daseins zu ändern, so werden auch die Menschen sittlich besser werden. Sittlich vollkommene Menschen aber werden bestrbt sein, die Bedingungen des täglichen Lebens noch besser zu gestalten. Materialismus und Idealismus sind in der sozialistischen Auffassung zu vollkommener Einheit verbunden.

Der Sozialismus will international sein, er will die ganze Welt umspannen, er will die Klassengegenstände, den kriegerischen Weltstreit der Nationen beseitigen und zu gemeinsamen Schaffen und friedlichem Weltstreit erziehen. Die Stimme des Sozialismus hallt über die Welt und zuweilen tönt aus fernen Teilen der Erde ein Echo zurück, das unsere Aufmerksamkeit erregt. Soeben ist in Berlin von einem auf einer Weltreise befindlichen Japaner Kishio Satomi eine Broschüre herausgegeben worden, die sich mit dem altjapanischen Idealismus befaßt. Ihr ist ein Manifest beigegeben, das eine Auseinandersetzung mit der Marxsche n Behre sein soll.

Die keine Schrift ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Der Verfasser gibt zunächst eine geschichtliche Entwicklung des altjapanischen Idealismus, der völlig aus der nationalen Eigenart des japanischen Volkes geboren, später in Vergessenheit geriet, um nun wieder aufzuleben und verstanden zu werden. Fast dreitausend Jahre ist dieser Idealismus alt und dennoch ist er der Welt so gut wie unbekannt. Unter seinem Einfluß handelte der Herrscher Jimmu, als er von der westlichen Insel Kjusiu ostwärts zog, um im Jahre 660 v. Chr. das japanische Reich zu begründen. „Zu dieser Zeit herrschte in der Welt allgemeiner Jammer, es war eine Zeit der Dunkelheit und Unordnung“, heißt es im „Nihon-Shoki“, der ältesten japanischen geschichtlichen Veröffentlichung, die über diese Vorgänge berichtet. Jimmu begründete seinen Eroberungszug damit, daß er der Welt seinen Idealismus bringen müsse, um sie aus dem Zustand des Elends zu erlösen. Wer denkt dabei nicht an die von Rostow propagierte Weltrevolution oder an die Herrschaftsgelüste der christlichen Kirche oder an den Satz: „Am deutschen Hofen soll die Welt genesen?“ Die Tendenz ist die gleiche, doch unterscheidet sich Jimmu in seinen Handlungen und in seinen Moralsgrundsätzen sehr zu seinem Vorteil von jenen, die sich berufen fühlen, mit ihrem „deutschen Wesen“ proben zu geben. Seine Grundsätze umfassen drei Hauptelemente: Pflege der Rechtschaffenheit, aufgehäuhte Glückseligkeit und vollendete Herrlichkeit. „Durch meine Tugend möchte ich herrschen, nicht durch mein Schwert“, erklärte er einmal. Und ein andermal sagt er: „Herrschen heißt bilden und lehren“. Er tritt nach Schaffung des Reiches für absoluten Pazifismus ein, für Förderung und Entwicklung des Fortschritts. Man muß aber bei diesen geschichtlichen Vorgängen die insulare

### Reichswehr und völkische Hundertschaften.

#### Aus einem Bericht der sächsischen Regierung.

Dresden, 11. Dezember. (Eigener Drostbericht.) Der sächsischen Regierung ist in der bürgerlichen Presse der Vorwurf gemacht worden, sie habe die Reichswehr bespitzelt lassen. Die Regierung hat nun versucht, in einer längeren Darstellung zu erklären und mit Material zu belegen, warum sie es für ihre Pflicht ansehen mußte, die sogenannte Auffüllung der Reichswehr zu beobachten und darüber der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Der Abdruck dieses im Auftrage der Regierung fertigestellten und zum Teil bereits an die Presse verandten Artikels ist am Dienstag vom Wehrkreisammando verboten worden. Der Artikel stellt zunächst fest, daß das jetzt von der bürgerlichen Presse „enthüllt“ tatsächlich schon am 20. Mai d. J. von der sächsischen Regierung mit dem Reichswehrminister Gessler und General Müller besprochen worden ist. Weiter heißt es in der amtlichen Feststellung:

„Da der Wehrkreisammandeur entgegen seiner Verpflichtung aus § 15 des Wehrgesetzes der sächsischen Regierung keine Mitteilung gemacht hätte, aus welchem Grunde im Frühjahr dieses Jahres fortgesetzt Plaziristen zu militärischen Lehungen im Lager von Königsbrunn eintrafen, sah sich die Regierung veranlaßt, auf Grund bei ihr eingegangener Anzeigen durch ihre unterstellten Organe den Sachverhalt feststellen zu lassen.“

„An Hand einzelner Fälle wird dann festgestellt, daß es sich durchweg nicht um eine Ueberwachung der Reichswehr im allgemeinen, sondern um polizeiliche Ermittlungen gehandelt habe. Der Reichswehrminister habe für dieses Vorgehen, das zu sehr wichtigen Ergebnissen führte, großes Verständnis gezeigt und über alle auf Grund dieser Berichte an ihn gerichteten Fragen befriedigende Auskunft gegeben. Weiter heißt es in dem amtlichen Bericht:

„Am 9. November 1923 fiel bei einer Durchsicherung bei nationalsozialistischen Führern in Zwickau eine Fülle außerordentlich besorgniserregender Materialien in die Hände der Polizei. Es wurden u. a. Aufnahmestellen der militärisch geordneten und bewaffneten Formationen der Nationalsozialisten aufgefunden. Bis ins einzelne war darin den Mitglidern vorgezeichnet, in welcher Weise angesetzt und bewaffnet sie bei einer eventuellen Einberufung zu erscheinen hätten. In einem als Rundschreiben überlieferten Geheimbefehl befanden sich Mitteilungen darüber, wo sich im Lande politische Infiltrationsbeamte befinden, wo die Nachrichtenstellen sind und bei welchen Polizeistellen Angehörige der Linksparteien unter den Beamten sitzen. In einem vorerwähnten Bataillonsbefehl vom 7. November 1923 heißt es: „Die Hundertschaften bauen sich auf die von mir gegebenen Pläne. Sie bestreben laufend ohne Aufforderung vom Bataillon Aufnahmestellen und Lehungen ab, auch Normabteilungen. Die Schutzmaßnahmen sowie die Bewaffnung sowie Stand der Ausrüstungsgegenstände sind regelmäßig an das Bataillon zu melden. Ueberhülle, Geld, der usw. sind umgehend an das Bataillon abzugeben. Allen Verbindungsleuten von der Reichswehr ist auf Frauen über Stärke und Bewaffnung sowie innere Organisation unserer S. A. nichts zu melden. Abreisen sind ebenfalls nicht betraut. Jedem Führer wird Befehl sein, keinerlei Verbindung mit der Reichswehr aufzunehmen. Dies wird vom Bataillon angenommen, wie es bisher geschehen ist. Der eingeschlagene Weg darf auf keinen Fall durchkreuzt werden.“

Unter solchen Umständen, so heißt es in dem amtlichen Bericht weiter, ist es nicht verwunderlich, daß Major Werner von der Reichswehr in Dresden dem Antrag des die Untersuchung führenden Beamten, die Schutzhaft gegen die betreffenden nationalsozialistischen Führer zu verhängen, nicht entsprochen hat.

Der Bericht der sächsischen Regierung muß das größte Aufsehen erregen. Aus ihm geht hervor, daß in Sachsen bis in die jüngste Zeit hinein militärisch organisierte und bewaffnete Kampferbände der im Reich verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bestanden und daß sie mit der Reichswehr in Verbindung gestanden haben. Hält das Material einer ersten Prüfung stand — und man hat nach den vorliegenden Mitteilungen keinen Grund, daran zu

zweifeln —, so ist das Wehrkreisammando IV auf das schwerste kompromittiert.

Dem General Müller vom Wehrkreisammando IV ist die vollziehende Gewalt in Sachsen übertragen worden, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen und um vor allem gegen die illegitimen Kampferbände einzuschreiten. Er waltete seines Amtes mit der größten Strenge, sofern es sich um die roten Hundertschaften handelte und schreckte auch vor ungewöhnlichen Maßnahmen gegen die Landespolizei nicht zurück. Wenn es nun richtig ist, wie aus dem Material der sächsischen Regierung einwandfrei hervorzugehen scheint, daß die sächsische Reichswehr oder doch wenigstens Teile der Reichswehr in Sachsen die Verbindung mit rechtgerichteten Kampferbänden noch in der Zeit des Hitler-Ludendorff-Putsches aufrechtgehalten haben, so trifft dafür General Müller die volle Verantwortung. Ein General, der an das Pflichtbewußtsein und das dienstliche Verhalten anderer Beamten so außerordentliche Anforderungen stellt, ein General, der sich für verpflichtet hält, selbst vor den Rechten einer Landesregierung nicht haltzumachen, hat nicht das Recht, für die Beurteilung seiner eigenen Dienstführung Mitleid zu beantragen.

Wir erwarten, daß der Vertreter der vollziehenden Gewalt im Reich und Militäroberbefehlshaber den Sachverhalt auf das genaueste aufklärt und mit aller Strenge vorgeht, um der Reichswehr und dem Reich nach den vielen Skandalen der letzten Zeit einen neuen zu ersparen.

### General Müller läßt verklagen.

Wegen eines Artikels des „Soz. Parlamentsdienstes“, der am 1. November in der „Dresdener Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Das Verbrechen am sächsischen Volk“ erschienen ist, will die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Generals Müller gegen den verantwortlichen Redakteur, Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Sachs Klage erheben. Die Staatsanwaltschaft hat den sächsischen Landtag um Aufhebung der Immunität ersucht. Der Rechtsausschuß hat diesem Ersuchen mit einer Mehrheit von 9 gegen 8 Stimmen zugestimmt. Die endgültige Entscheidung hat jedoch das Plenum des Landtages.

Der in Frage kommende Artikel wandte sich gegen die Begleitumstände, unter denen seinerzeit die sächsischen Minister aus ihrem Amte entfernt wurden. Das Vorgehen des Militärs erregte weit über die sozialdemokratische Partei hinaus Entrüstung und mißbilliges Aufsehen. Es wäre gut gewesen, die Reichswehr hätte das Tatgefühl, das General Müller nicht nur in diesem Fall von Andersgesinnten verlangt, selbst gezeigt.

### Das Schutzhafgesetz.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Sicherungsbestimmungen des Schutzhafgesetzes von 1916 nachträglich in die Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand aufzunehmen und Jugendliche nicht vor die außerordentlichen Gerichte, sondern vor die ordentlichen Jugendgerichte zu stellen.

Den Antrag begründete Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.). Der Vertreter des Reichsministeriums des Innern, Staatssekretär Zweigert, erklärte, daß die Regierung bereit sei, der Frage näher zu treten, ob dem Reichspräsidenten eine Ergänzung der Verordnung in diesem Sinn vorgeschlagen sei.

Die Vertreter von Sachsen und Thüringen widersprachen der Auffassung, daß das Schutzhafgesetz nicht auf den gegenwärtigen Ausnahmezustand Anwendung finde.

Abg. Dr. Schädig (Dem.) unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) beschwerte sich über die Auslösung der kommunistischen Partei und die Verhaftung derselben Personen, die bisher für die kommunistische Partei auf Grund des Gesetzes tätig gewesen seien.

Der Ausschuß nahm den sozialdemokratischen Antrag fast einstimmig an, lehnte dagegen einen kommunistischen Antrag ab, der sich gegen die Auslösung der kommunistischen Partei richtete.

### Ist Papiergeld billig?

Die Frage, die hier aufgeworfen wird, klingt beinahe wie blutige Ironie. Nie zuvor in der Weltgeschichte hat ein Land die Papiergeldfabrikation in so großem Stil betrieben wie während des letzten Jahrzehnts das Deutsche Reich, und nie zuvor ist demgemäß auch der Geldwert in so abhorribler Tiefen gesunken wie neuerdings bei uns. Die Frage, ob Papiergeld billig ist, ist angesichts dieser beispiellosen Entwertung der Währung also durchaus nicht müßig. Wie hoch stellt sich denn nun für den Staat der sich durch die Notenpresse „billiges“ Geld beschafft, die Herstellung dieses billigen Geldes? Ernst Schölke, der Leipziger Volkswirtschaftler, suchte diese Frage in dem soeben erschienenen ersten Band seiner Untersuchung über das deutsche Wirtschaftswirtschaft, „Not und Verschwendung“ (bei F. A. Brockhaus, Leipzig), zu beantworten.

„Billig“ kann die Herstellung des Papiergeldes höchstens in einem Vernde mit niedrigen Löhnen oder in einem naturlich unterlegnen sein. Die Produktionskosten des Papiergeldes steigen von einem Jahr zum anderen lawinenartig. So gab die deutsche Reichsbank im Jahre 1921 für Banknotenherstellung 262,1 Millionen Mark aus, wogegen nur für die Scheine von 20, 50, 100 und 1000 M. Ein Verzeich: Im Durchschnitt der vier Jahre 1910—1913 wurden vom Deutschen Reich an Gold- und Silber-, Nickel- und Kupfermünzen zusammen für weniger als 200 Millionen Mark ausgeprägt. Der Reimbetrag der jährlich neu in Umlauf gesetzten Münzen blieb damals also hinter den Herstellungskosten zurück, die in dem einzigen Jahre 1921 nur für die größeren Papiergeldscheine aufgewandt wurden. Die schnellste Ausbeutung der Papiergeldfabrikation erfolgte seit dem jähen Sturz der deutschen Mark im Juli 1922. Der einen außerordentlichen Bedarf an Zahlungsmitteln herbeiführte, eine Entwässerung, die im dritten und vierten Quartal 1923 schließlic ein gigantisches Ausmaß angenommen hat. Nicht weniger als 17 Papierfabriken wurden schon vor onderthalb Jahren zu dauernder Arbeit für die Reichsbank verpflichtet, gleichzeitig wurden bereits damals 44 große Druckereien für das Bedrucken des so gesicherten Papiers gewonnen. Zuletzt gab es in Deutschland kaum noch eine leistungsfähige Weberei oder Zeichnungsdruckerei, die nicht Tag und Nacht Papiergeld ausgiebe. Trotzdem gelang es zeitweilig nicht, die Bedarf zu befriedigen. Infolge der ungeheuren Entwertung der Mark haben sich die Produktionskosten des Papiergeldes binnen kurzem so ins Wärrchenhafte gesteigert, daß dieses Trug- und Schundgeld, ein Sinnbild der Wertlosigkeit, jedweden Sinn und Nutzen verloren hat. Schon im Oktober überstieg der Stoffwert der kleinsten Noten ihren Nennwert. Am 10. Oktober 1923 zahlte der Wippenverleiher für einen Tausendmarktschein 3000 M. für den Einmarktschein 125 M. Das Kilogramm Papiergeld wurde schon vor zwei Monaten mit 1 1/2 Millionen Mark bezahlt. Nichts ist also so teuer wie das Papiergeld.

Sohn Hebin in Posen. Sohn Hebin H. von seiner Amerika- und China-Reise zurück, in Posen in eintrafen. Hebin trat im Auto die ganze Reihe von der Morgale bis Berchtesgaden zurück und ließ sich am 12. 1924 eine neue Titelfarbe zu unternommen. Montra wurde Hebin von Tischlerern empfangen. Die Hebin Hebin, der Bereich der Landesdirektion seine am räumten Schmutz für Russland und Frankreich, erweist ein lebhaftes Interesse in der Öffentlichkeit und in den wissenschaftlichen Kreisen.

Voge Japans berücksichtigen. Aufgabe des japanischen Herrschers ist es vom Standpunkt des altjapanischen Idealismus aus, Hüter des „Wabes“, d. h. des Wabes der Güte und Rechtlichkeit zu sein. Im Lande aber soll es weder Klassenunterschiede noch solche in den Rechten, sondern nur verschiedene Pflichten bezüglich der Verwirklichung des „Wabes“ geben. Der Herrscher erscheint in dieser Darstellung als Philosoph im Sinne Nietzsches. Die Gerechtigkeit im Staate aber ist dadurch zu erreichen, daß alle Bürger sich bestreben, gerecht zu sein.

Dieser altjapanische Idealismus wird nun heute wieder durch Uchiyaku Tanaga verkündet, den Vater des Verfassers der erwähnten Schrift. Er fordert alle Völker auf, sich mit den nationalen Grundgesetzen Japans bekanntzumachen, die ein moralischer Weg seien. Der „Weg“ führt in sich alle Güte, d. h. alle „aufgehäuhte Glückseligkeit“. Und er schließt auch alle Weisheit ein, d. h. die „vollendete Herrlichkeit“.

„Im wesentlichen ist der Mensch das Stoff, von dem der Weg ausgeht“, heißt es in seinem Manifest. „Und nicht nur das Gefühl zur Aufnahme von Nahrung. Darum ist es ebenso unzustand, den Menschen bloß vom Gesichtspunkt der Nahrung aufzulösen, wie ihn als Tier anzusehen. Alle Greuel, alle kriegerischen und blutigen Ereignisse, unter denen die Welt von altersher gelitten hat, sind nichts weiter als die Ausflüsse jenes Irrtums, der, im Besitz der Nahrung, des Weges entbehren zu können glaubte und somit den Menschen zum Tier machte. . . Wie man recht lebt und wie man in Sicherheit lebt“, sind Fragen um die jetzige Zeit. Diese können nur durch den Weg, der sich um die Nahrung nicht kümmert, gelöst werden. Nahrung ist auch zu finden auf dem Weg, niemals aber der Weg in der Nahrung. Verlassen wir den Weg, so hat für uns die Nahrung keinen Wert; bestimmen wir uns nicht um die Nahrung, wird jedoch der Weg blühen und zu geheimer Zeit sein Manoeel sein. Dann wird im inneren Leben Materielles vereint mit Geistigem sein, während in der äußeren Welt alles seine Ordnung hat, es gibt keinen Kampf mehr und der Friede wird nun anbrechen. Dieser Weg erwartet den Menschen schon seit Ewigkeit. . .“

In diesen Sätzen ist die Stellung des neuverfundenen altjapanischen Idealismus zum Sozialismus ungetrennt. Es ist eine seltsame Annäherung und wiederum ein Selbsterneuern von sozialistischen Gedankenformen und dennoch eine ganz eindeutige Auffassung. Die sozialistische Auffassung geht aus von den materiellen Grundfragen des Daseins, die die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmend beeinflusst, ohne dabei die geistigen und sittlichen Faktoren zu misachten. Das tut der altjapanische Idealismus nicht, sondern er geht umgekehrt aus vom Geistigen. Dann aber treffen sich beide Anschauungen wieder: „Im inneren Leben wird Materielles vereint mit Geistigem sein, während in der äußeren Welt alles seine Ordnung hat.“ Es ist, wie wenn zwei Menschen von verschiedenen Orten aufbrechen, um sich an einem Punkte zu treffen und dann gemeinsam auf gleichem Wege zum gleichen Ziele zu marschieren. Das Ziel aber ist, Materielles und Geistiges vollkommen zusammenzuführen, um dadurch der menschlichen Kultur ewiges Leben zu geben.

Für die Neuauflage von W. Stranms „Rudimentar“, die am nächsten Sonntag in einer Organisations der Volkshilfe B. B. im Theater am Säulengang unter der Regie von Carl Vogt stattfindet, hat Professor Lothar Schreyer das Bühnenbild entworfen.



# Der neue Anschlag auf die Reichsbahn.

Die Industrie und die Kreditnot.

Ueber die Veruche des Privatkapitals, die gegenwärtige Notlage der Reichsbahn zu einem neuen Anschlag auf den Reichsbahnbau auszunutzen, werden durch die B.S.-Korrespondenz noch interessante Einzelheiten bekannt.

Danach ist die Reichsbahn gezwungen, sobald als möglich sich um Kredite zu bemühen, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten zu können. Die laufenden Einnahmen genügen zurzeit gerade, um die allernotwendigsten Ausgaben zu bestreiten. Für die Umstellung der Organisation auf kaufmännische Grundlage, für Neubauten usw. verbleiben jedoch keine Mittel. Hierzu tritt die Frage, wie groß die Unterbilanz sein wird, die sich infolge des Ruhrkampfes und des Verfalls der Währung notwendigerweise ergeben mußte. Die Schätzung schwankt zwischen 500 und 1000 Millionen Goldmark. Die Verwaltung hat zugefagt, daß sie dem Organisationsausschuß baldmöglichst eine Bilanz in Goldmark vorlegen wird, und erst nach Prüfung dieser Aufstellungen wird man auch im Reichsverkehrsministerium klarer sehen können. Sicher ist jedoch, daß die Reichsbahn aus eigenen Mitteln diesen Fehlbetrag in absehbarer Zeit auch nicht zu einem Teil decken kann. Dem Gedanken einer Tarifserhöhung steht man durchaus ablehnend gegenüber, und so ist die Verwaltung auf fremde Hilfe angewiesen. Man ist jetzt vor die schwerwiegende Frage gestellt, aus welchen Quellen die erforderlichen Kredite beschafft werden sollen. Aus kurzen Anleihen des Ministers Deser in der Sitzung des Organisationsausschusses am Montag war zu entnehmen, daß Verhandlungen über die Kreditbeschaffung im Inland bereits gepflogen worden sind, daß aber entsprechende Wünsche bei den Großbanken und der Hochfinanz nicht viel Gegenliebe gefunden haben. Die hierauf hinduernden Aeußerungen des Ministers waren alles andere als hoffnungsfroh. Er sprach sogar die Befürchtung aus, daß es in Deutschland kaum möglich sein werde, die riesigen Kredite zu erhalten, und deutete damit die Möglichkeit an, sich an das Ausland wenden zu müssen.

Diese Mitteilungen des Ministers Deser lösten im Organisationsausschuß Ueberraschung aus, obwohl man über die ungünstige finanzielle Lage der Bahnen keineswegs unorientiert war. Es wurde dem Minister erklärt, daß das Firmenschild der Reichsbahn eigentlich die Aufschrift tragen müßte: „Zu spät“. Auch Deser vertrat die Ansicht, daß vieles besser geworden wäre, wenn man an anderer Stelle sich früher mit dem Kreditbedarf der Bahnen beschäftigt hätte und sprach die Meinung aus, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Aufnahme einer Anleihe ungünstig sei, daß man heute jedoch nicht lange werde wählen können. — Die Kredite für die Reichsbahn werden am kommenden Dienstag den Organisationsausschuß vor allen anderen Fragen erneut beschäftigen.

Wir zweifeln nicht daran, daß Industrie und Banken die Kreditnot der Reichsbahn zum Anlaß nehmen werden, um wenigstens zu versuchen, maßgebenden Einfluß auf dieses reichseigene Unternehmen zu gewinnen. Wir möchten hoffen, daß das Reichsverkehrsministerium dem in den Anfängen entgegengetreten wird. Ganz abgesehen davon, daß eine Industrie, die in einer Unzahl von Betriebsstilllegungen das Gegenteil von einem Befähigungsnachweis für ihre Eignung als Sachverwalter gemeinwirtschaftlicher Interessen erbracht hat, kaum den Anspruch auf besondere Autorität in dieser Aufgabe erheben kann, ist der Fehlbetrag doch im Verhältnis zum Wert der Anlagen so gering, daß die Reichsbahn schon Geldgeber finden wird. Wir würden in diesem Falle es für besser halten, Auslandskapital für eine große Anleihe zu gewinnen, als den deutschen Industriellen einen Einfluß zuzugestehen, der es ihnen möglich machen würde, Reichsgut billig zu erlassen mit dem Endziel, sie einer privaten Interessenspolitik zu unterwerfen.

Der Stinnesdirektor Minow wurde zum Mitglied des Aufsichtsrats der Berliner Kädtischen Werke A. G. gewählt. Zuerst ihm wählte der Aufsichtsrat als Sachverständigen den Ing. Dr. Rajeregl. Der dritte Sachverständige ist noch nicht gewählt worden.

Der Segen des Stillens. Durch den Vergleich einer Stillenstatistik aus dem Jahre 1875 mit einer solchen aus dem Jahre 1922 zeigt Bed in einem Bericht der „Kündigen Wochenchrift“, welche große Bedeutung dem Selbstmorden der Mütter zukommt und wie sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht gebessert haben. Es handelt sich um Aufnahmen des Württembergischen Oberamts Kiedingen. Während 1875 von 18 Dörfern nur in 4 höchstens 60 bis 62 Proz. der Säuglinge gestillt wurden, wurden jetzt in 8 Dörfern sämtliche Kinder, wenigstens eine Zeitlang, gestillt. Das schlechteste Ergebnis ist heute dasselbe, wie damals das beste war, nämlich 62 Proz. Damals wurden 384 Kinder überhaupt nicht gestillt gegenüber 28 von heute. Es werden also heute 88 Proz. aller Säuglinge gestillt, während 1875 nur 35 Proz. die Mutterbrust erhielten. Damit gibt eine Besserung der Gesamtergebnisse innerhalb des ersten Lebensjahres parallel. Während 1875 33 Proz. der Säuglinge starben, sind es heute nur noch 10 Proz. Die Ursachen für die Besserung des Stillens sind einmal die vorgeschriebene Ausbildung der Ärzte in der Kinderheilkunde und der Einfluss der Hebammen, die das Stillen bei den Müttern propagieren, andererseits die Gewöhnung an das Stillen durch die Stillprämien während des Krieges.

Die Schafmanus. Die Ausstellung von Schafmanus aller Art, die kürzlich im Londoner Kristallpalast zu sehen war, zeigte besonders hohe Preise für bestimmte Rassenarten, die die neueste Mode auf diesem Gebiet darstellen. Für einige solcher „Schafmanus“ wurden bis zu 100 Pfund Sterling das Stück bezahlt. Man hält diese sonst von der Damentwelt so sehr verehrten Tiere nicht nur in einzelnen Exemplaren, sondern auch in großen Mengen. In verschiedenen Teilen Englands haben sich „Manuskulubs“ gebildet, die das Züchten von Män'ern als Sport betreiben, und einer dieser leidenschaftlichen Mäuserzüchter hat nicht weniger als 6000 der Rasse zusammengebracht. Ein Sachverständiger, der in einem englischen Blatt über diese merkwürdigen Zuchttiere plaudert, sagt: „Auf die Ausstellung wurden zahlreiche Zuchtmäuse gebracht, die nicht weniger sorgfältig gezüchtet werden als edle Hunde. Eine Maus, die einen Preis erlangen will, muß einen sorgfältig gearbeiteten Stamm haben, und für solche Tiere, die von besonders vornehmen Eltern stammen, werden 12 Pfund und mehr gezahlt. 100 Pfund ist freilich ein Rekordpreis.“

Nicht nur für vierbeinige Ingeleser gelten ein alter Stammbaum und „vornehme“ Eltern als die beste Legitimation.

Mary Wigman, die mit ihrer Tanzgruppe soeben von einer erfolgreichen Tournee durch Italien zurückgekehrt ist, veranstaltet im Theater an Kollendorsplatz am 13., 14. und 15. abends 9 Uhr, Vorstellungen ihrer erweiterten Tanztruppe unter Mitwirkung ihrer Tanzpartner. Den Schluß der Abende wird die „Babalodie“ bilden.

Die neue Kunsthandlung. Teuenerstraße 6. zeigt im Dezember in ihren Räumen Handzeichnungen und Gemälde von Bildh. Busch, Vetterlro, Max Ziehermann, Emil Driss, Max Beckstein.

Schulke's „Jauberküste“ im Deutschen Opernhaus. Das Deutsche Opernhaus wird kürzlich „Jauberküste“ unter musikalischer Leitung des Generalmusikdirektors Leo Wech in seinen Sphären aufnehmen. Die Frage der Restaurierung wurde in dem Sinne gelöst, daß man den Bühnenbildern die der heutigen Generation fast gänzlich unbekanntes Dekorationsmaterial von Schulke zugrunde legte, die vor Jahrzehnten am Berliner königlichen Opernhaus benutzt worden sind.

# Beamtengehälter und Beamtenabbau

Ueber die Neuregelung der Gehälter herrscht in Beamtenkreisen begreiflicherweise die größte Erregung. Selbst die höheren Beamten sehen sich in einer Lage, die sie zur stärksten Einschränkung ihrer Lebenshaltung zwingt, die mittleren und unteren stehen aber vor der langen Frage, wie sie mit den ihnen zugedachten Bezügen auch nur die nackte Existenz fristen sollen.

In dieser Situation hat einer der höchsten und einflussreichsten Beamten des Reiches, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Rathhahn, einen Vorstoß unternommen, indem er folgendes Protestschreiben gegen die Regierung sämtlichen Ministern überlieferte:

Die Gehälter, die nach der gestrigen Sitzung im Reichsfinanzministerium für die Reichsbeamten in Aussicht genommen wurden, haben den schärfsten Protest der Beamten des Auswärtigen Amtes hervorgerufen und sind auch nach meiner Ansicht nicht tragbar. Sie erreichen auch bei Zurechnung der Ministerialzulage

noch nicht die Hälfte des Friedensgehalts,

während die Preise für den Lebensunterhalt sich mindestens auf das Doppelte der Vorkriegszeit belaufen und noch weiter steigen. Die Beamten müßten also mit weniger als einem Viertel ihres früheren Gehalts auskommen, während doch allgemein anerkannt ist, daß auch die früheren Gehälter dem Grundgedanken der allseitigen Sparbarkeit entsprechend schon sehr knapp waren. Schrecklicher noch wäre natürlich die Lage der Pensionäre und Parteigeldempfänger, die

direkt dem Verhungern preisgegeben

sind. Ich brauche nicht auszuführen, daß derartige Zustände das gesamte Beamtentum, auf dem schließlich der Zusammenhang des Reiches zum großen Teil ruht, völlig zugrunde richten. Auf Teilerleichterungen, wie Bestechung, Notwendigkeit von Nebenbeschäftigung und damit Vernachlässigung des Dienstes, Mangel an Beamtenschaft usw., möchte ich in diesem Zusammenhang nur hinweisen. Was namentlich das Auswärtige Amt betrifft, so sind bei der Eigenart seiner Tätigkeit die Beamten bekanntlich besonderen Gefahren ausgesetzt. Auch bedingt der notwendige Verkehr mit ausländischen Diplomaten und anderen ausländischen Kreisen erhöhte Aufmerksamkeit, die sie schon jetzt kaum tragen können und die in Zukunft zum schweren Schaden des Dienstes überhaupt fortfallen müßte.

Läßt sich hiernach die jetzt beabsichtigte Gehaltsregelung nicht tragen, so wird es darauf ankommen, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Ich muß die näheren Erörterungen hierüber dem Finanzministerium überlassen, möchte aber noch gewisse Anregungen geben. Einmal fragt es sich, ob nicht von der Rentenkasse höhere Kredite für die Bezahlung der Beamtenschaft herausgeholt werden können, unter Zurückstellung anderer politisch weniger wichtiger Ausgaben, denn ich wiederhole es, daß ein Versagen der Beamtenschaft gerade in der gegenwärtigen, politisch sehr gespannten, vielleicht nicht ganz aussichtslosen Lage außerpolitisch verhängnisvoll wäre. Die bloße zahlenmäßige Erhöhung der Gehälter ist aber zwecklos, wie die Entwicklung der letzten Monate deutlich genug gezeigt hat, wenn nicht der

maßlos wuchernde Teuerung im Inlande Einhalt getan

wird. Es ist bekannt, daß der Erzeuger für Fleisch, Getreide, Butter, Eier, kurz der wichtigsten Lebensmittel weniger erhält, wie im Frieden, während die Kleinhandelspreise weit über den Friedensstand gestiegen sind. Es ist nicht meine Sache, zu untersuchen, ob mangels der Devisenverordnung oder mangels Einsparungen gegen wucherliches Treiben des Groß- oder Kleinhandels oder sonstige Fehler an diesen unerträglichen Zuständen schuld sind. Es ist aber wohl die wichtigste Aufgabe der Regierung, hier Wandel zu schaffen und nicht das wehrlose Beamtentum für mangelnde Initiative und Lethargie der einzelnen Behörden büßen zu lassen. Jedenfalls ist die jetzige Regelung, die das Beamtentum gegenüber der anderen Bevölkerung viel zu stark belastet, nicht haltbar. Für das Auswärtige Amt muß ich jede Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik ablehnen.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ dazu zu melden weiß, hat Herr v. Rathhahn als Antwort „ein geharnischtes Schreiben des Reichsfinanzministers“ erhalten und daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen sich selber beantragt.

Inzwischen versuchen die Deutschnationalen mit bemerkenswerter Frechheit die Erregung der Beamten für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen. Bis zu welchen Mitteln man sich dabei versteht, zeigt folgende Bemerkung in der Nachtansgabe des „Tag“:

Wenn man uns zu hungern zwingt, weil der Staat Not leidet, gut; aber dann sollen alle hungern, nicht einzelne sich an unserem Hunger maffen.

Herrn Hugenberg mag gefiern beim Abendbrot der Bissen aus dem Munde gefallen sein, als er in seinem Blatt diese Bemerkung las. Indes wird alle Demagogie die Beamten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es nur eine Partei war, die seit jeher energisch eine scharfe Besteuerung des Besizes gefordert hat: die Sozialdemokratie, und daß vor allem eine Partei diese Besteuerung mit allen Mitteln bekämpft hat, die deutschnationale Partei, deren Einfluss sich auch die anderen bürgerlichen Parteien immer zugänglicher gezeigt haben, daß sich also die Beamten für ihre neuen Gehälter vor allem bei Hergt und Helfferich und der deutschnationalen Partei bedanken können.

## Deutschnationale Beamtenpolitik.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Deutschnationalen während der Regierungskrise im Reich von den Mittelparteien verlangen, ihnen Preußen auszuliefern, wird verständlich, wenn man sieht, zu welcher festtannigen Niederwertungen sie die Angst vor dem Beamtenabbau veranlaßt. Täglich füllen sie lange Spalten mit diesem Thema, und die „Kreuzzeitung“ kommt bei dieser Gelegenheit zu folgenden Feststellungen:

„Wir haben heute noch keinen Ueberfluß an wirklich fähigen und durchgebildeten Beamten. Ueberfluß dagegen besteht an Revolutionen großer, die die Inflationkonjunktur der aufstrebenden Revolutionsepoche an die Futterkrippe gebracht hat, ohne Rücksicht auf ihre persönliche und sachliche Eignung. Diese Renteneinpfänger für den November 1918 müssen in erster Linie verschwinden. Sie werden schwerlich zu finden sein unter den Beamten, die inzwischen die Altersgrenze erreicht oder überschritten haben. Trotzdem will diesen in Dienste grau gewordenen Beamten, die auf eine jahrzehntelange Tätigkeit zurückblicken können und von Verwaltungsverhältnissen immerhin mehr verstehen dürf-

ten als gänzlich ungeeignete und unberufene Kräfte von der Straße, die aus Gewerkschaftsbureaus genommen sind, der Staat zuerst den Lauspaß geben. Er scheut sich, die Ruinen dieser Revolution endlich wieder einmal dazu zu zwingen, produktive Arbeit zu leisten, und so belastet er sich weiter damit, während er eingearbeitete Kräfte preisgibt, da sie „zu alt“ geworden sind. Der Hintergedanke dabei ist natürlich der, daß sie für die Nooemberzustände, die bei uns herrschen, zu alt sind. Das aber gerade dürfte ein Beweis dafür sein, wie sehr sie persönlich und sachlich für den Dienst des Staates taugen. Es besteht außerdem die Gefahr, daß politische Gesichtspunkte, wie sie schon aus diesen Ausführungen sprechen, besonders in Preußen unter Seperierung für den weiteren Abbau eine verhängnisvolle Rolle spielen werden. Für die „Demokratisierung der Verwaltung“ bietet sich jetzt die günstigste Gelegenheit...“

Die Anhäufung von Anpöbeleien und Beschimpfungen auf engstem Raum dürfte auch für ein deutschnationales Blatt eine Rekordleistung darstellen. Sie findet nur eine Entschuldigung: die Mut der Deutschnationalen, daß es ihnen nicht gelungen ist, wieder an die — um bei der den Deutschnationalen verständlichen Sprache zu bleiben — Futterkrippe zu drängen, und ihre Angst, durch den Beamtenabbau weiter an Macht zu verlieren. Nur schade, daß der Abbau überalterter Beamter von Reich wegen festgelegt ist.

## Eine amtliche Erklärung.

Amlich wird gemeldet:

Das Reichskabinett hat sich erneut mit der Frage der Beamtenbesoldung befaßt. Die wiederholte Befassung erklärt sich aus den außerordentlichen Sorgen, die mit den geringen Besoldungsätzen verknüpft sind. Ebenso wie die Staatssekretäre in ihrer kürzlich bekanntgegebenen gemeinschaftlichen Niederschrift muß indessen die Reichsregierung an den beschlossenen Sägen festhalten, weil unsere Finanznot eine andere Regelung durchaus nicht zuläßt. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß bei einer allgemeinen Steigerung der Rieten durch Venderung der Befehlgebung, sofern, wie beabsichtigt, aus dieser Quelle auch dem Reich und den anderen öffentlichen Verbänden unmittelbar Beträge zuzuführen, eine Erhöhung des Wohnungsgeldes in Aussicht genommen ist. Ferner ist selbstverständlich, daß die Gehälter eine Besserung erfahren müssen, sobald die öffentlichen Finanzen wieder einigermaßen in Ordnung sind. Gerade die jetzige äußerste Einschränkung ist eine Voraussetzung dafür, daß eine solche Besserung überhaupt erzielt werden kann.

## Beamtenabbau und Fünfzehnerausschuß.

Der 15gliedrige Reichstagsausschuß, dem die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen vorzulegen sind, damit er sich in vertraulichen Sitzungen dazu äußert, beschäftigte sich gestern mit der Beamtenabbau-Verordnung. Nach einer ausführlichen Darstellung der katastrophalen Finanzlage des Reiches durch den Reichsfinanzminister Dr. Lutzer nahmen die Parteirepräsentanten zu den Richtlinien des Beamtenabbaus in eingehender Diskussion Stellung.

## Der Abbau bei der Reichsbahn.

Ueber die Durchführung des Personalabbaues bei der Reichsbahn erfährt die Expreß-Korrespondenz folgendes: Die ursprüngliche Absicht der Reichsverkehrsverwaltung, mit dem Personalabbau in ihrem Dienstbereich erst zu beginnen, wenn die auf die Reichsbahn entfallende Anzahl von der Reichsregierung festgesetzt ist, ist vom Reichsverkehrsministerium dahin geändert worden, daß angesichts der steigenden Notlage des Reiches und der besonders schwierigen Lage der Reichsbahn beschloffen wurde, mit dem Personalabbau sofort zu beginnen. Der Reichsverkehrsminister hat, wie jetzt bekannt wird, am 29. November einen Erlass herausgegeben, der sich mit den Fragen des Personalabbaues beschäftigt. Es heißt darin, daß bis zum 31. Dezember 1923 5 Proz. der Eisenbahnbeamten ausscheiden sollen. Diese Maßnahme bezieht sich auf planmäßige, außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte. Die Verwaltung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß wegen der Kürze der Zeit die ersten 5 Proz. bis zum 31. Dezember vielleicht nicht erreicht werden können. Für diesen Fall ist angeordnet, daß am 31. Januar 1924 unter allen Umständen insgesamt 10 Proz. abgebaut werden müssen.

Ausdrücklich wird betont, daß es nicht genüge, den betreffenden Beamten bis zum genannten Termin die Kündigungs schreiben zuzustellen, sondern daß die betreffenden Beamten zu dem genannten Zeitpunkt vollkommen aus dem Eisenbahndienst ausgeschieden sein müssen. Diese Maßnahme gilt auch für das besetzte Gebiet. Die Auswahl der auszuscheidenden Beamten erfolgt nach den in der Personalabbauverordnung niedergelegten Richtlinien. Alle Dienststellen, die mit dem Personalabbau zu tun haben, sind streng darauf aufmerksam gemacht worden, daß Entlassungen nach politischen, gewerkschaftlichen oder konfessionellen Gesichtspunkten auf jeden Fall unzulässig sind.

Wenn durch das Ausschneiden der nicht voll leistungsfähigen Beamten der geforderte Hundertsatz bis zu den genannten Terminen nicht erreicht werden sollte, sollen weiter die über 60 Jahre alten Beamten auszuschneiden haben. Ueber das Ausschneiden der Beamten von Gruppe X und aufwärts entscheidet der Reichsverkehrsminister.

Infolge der äußerst schwierigen Lage der Reichsbahn ist es nicht angeht, daß künftig bei der Reichsbahn mehr schwerbeschädigte beschäftigt werden, als durch Gesetz vorgeschrieben ist. Da gegenwärtig der gesetzliche Hundertsatz bei der Reichsbahn überschritten ist, wird, allerdings in geringem Umfang, auch zur Entlassung von schwerbeschädigten geschritten werden müssen. Den örtlichen Beamtentretungen soll in gewissem Umfang eine Beteiligung zugestanden werden. Eine nachteilige Verzögerung darf dadurch nicht hervorgerufen werden.

Auch bei den Eisenbahnarbeitern müssen bis zum 31. Januar 1924 mindestens 10 Proz. des vorhandenen Personal auszuschieden sein. Die Arbeiter des französisch-belgisch besetzten Gebietes sollen bis zum 31. d. M. restlos entlassen werden. (Y) Beamte und Arbeiter, die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen sind, sollen zunächst von der Entlassung nicht betroffen werden.

Der kommunistische Abgeordnete Bombard, der wegen einer regierungsfreundlichen Rede aus der kommunistischen Partei ausgeschloffen worden ist, erklärt, er werde wegen Aufhebung dieses Beschlusses seiner Partei an die dritte Internationale appellieren. Bombards beanstandete Rede bezog sich auf die russische Politik Russlands.







Erwerbslosenfürsorge und Arbeiterentlassungen

Eine Diätendebatte in der Stadtverordnetenversammlung.

Gegen Mißgriffe, die bei der Heranziehung von Erwerbslosen zu Reichsstandsarbeiten vorgekommen sind, wandte sich in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion mit einem Dringlichkeitsantrag. Gleichzeitig rief sie den Magistrat auf gegen den Entschluß der Reichs- und Staatsbehörden, ihre Bauarbeiten einzustellen, und forderte von ihm Schritte gegen diese Maßregel. Weil man auf der rechten Seite des Hauses die Sorge für die Erwerbslosen nicht für eilig hielt und der Dringlichkeit mißtraute, konnte nur über die Einstellung der Bauarbeiten sofort verhandelt werden. Unseren Antrag begründete Genosse Krause mit einer Darstellung der verhängnisvollen Folgen, die sie haben muß. Es gelang, den Antrag mit knapper Mehrheit durchzubringen.

Zu Beginn der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung brachte der Vorsteher dem Gemeinderat Dorn (Dem.) zum 70. Geburtstage die Glückwünsche der Versammlung dar. Der Versammlung lag folgender

Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten

„Die Versammlung wolle beschließen, daß bei Reichsstandsarbeiten die zu vermittelnden Arbeiter nur zum Tariflohn angefordert und am Arbeitsnachweis vermittelt werden dürfen.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei den Reichs- und Staatsbehörden dahin zu wirken, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit, die zurzeit in Groß-Berlin herrscht, von der Einstellung der Bauarbeiten Abstand genommen wird.“

Gegen den ersten Teil des Antrages erhob sich Widerspruch aus den Reihen der Deutschen Volkspartei, wodurch formell dieser Teil aus der sofortigen Beratung auswich; tatsächlich beherrschte indessen der materielle Inhalt dieses ersten Antrages die an den zweiten sich anschließende Aussprache. Gen. Krause behauptete, daß von der rechten Seite angeführt der heutige Lage nicht sozial Mut aufgebracht wurde, dem ersten Antrag sofort zur Diskussion zu stellen. — Gerade heute, wo das Weihnachtsfest, das Fest der christlichen Liebe, vor der Tür steht, habe der Reichsfinanzminister die Stilllegung sämtlicher Bauarbeiten des Reichs angedroht! Damit träten allein in Berlin der großen Zahl der Arbeitslosen weitere arbeitslose 11 000 Bauarbeiter

gegenüber. Der Reichsfinanzminister habe durch das Ermächtigungsgesetz der Kammer geschworen zu sein. (Widerspruch rechts, Zuruf: Sie haben ja dafür gestimmt Große Heiterkeit rechts.) Die Anordnung sei eine rührende Mahnung, vielleicht darauf beruht, die Ziffer der Erwerbslosen noch stärker anzuheben zu lassen und die Arbeiterschaft dadurch so müde zu machen, daß sie nach den Forderungen der Kammer und Reichsfinanzminister schließt. Dagegen werde die Sozialdemokratie mit aller Schärfe Front machen. — Koch (Dnat.) wies darauf hin, daß im vorliegenden Falle es sich nicht um das Ermächtigungsgesetz handle. Die heute ersorgene Berechnung datiere vom 17. November. — Stöhrer Brühl befragte, ob die Verordnung nicht auf dem Ermächtigungsgesetz beruhe, und hob hervor, daß es sich bei der wirklichen Reichsstandsarbeiten, die mehr als 3 Tage dauernden Arbeiten, nicht bei der Zahlung in der bloßen Höhe der Erwerbslosenunterstützung handle. — Dittowski (Komm.) erklärte in dem Vorreden der Behörden eine kräftige Lohnpresserei und hielt die Ausschussratsleute, die Herr Koch befragt habe, für völlig überflüssig. — Mit 93 gegen 89 Stimmen wurde dieser Resolution Antrag abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit der zweite Antrag unserer Genossen angenommen.

Den bautechnisch beschäftigten Beamten und Angestellten der Sparkasse beschloß der Magistrat eine ruhegehaltfähige Zulage von 15 bzw. 25 Proz. zu gewähren. Auf Antrag des

Beamtenausschusses wurde beschlossen: „Der Aufsichtsrat der Sparkasse wird ermächtigt, am Ende dieses Rechnungsjahres denjenigen bei den Sparkassen beschäftigten Beamten, die besondere Leistungen aufzuweisen haben, ohne eine dieser Tätigkeiten entsprechende Beförderung zu beziehen, eine einmalige besondere Vergütung zu gewähren.“ Ein von unseren Genossen beantragter einschränkender Zusatz fiel mit 90 gegen 88 Stimmen. — Entgegen dem Ausschussantrage beschloß die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Magistrat die Beibehaltung der Stelle des stellvertretenden Stadtrates des Bezirksamtes Charlottenburg. — Um des Infrostretens der Bohnummensteuer nicht zu verhängen, hat der Magistrat dem Beschlusse des Oberpräsidenten zugestimmt, daß der von der Steuer in Abzug kommende Betrag sich bei Betrieben, die nicht mehr als 6 Arbeitnehmer beschäftigen und lediglich Handwerkskammerbeiträge zahlen, auf ein Fünftel der Bohnummen ermäßigt. — Dieser Maßgabe gab gestern auch die Versammlung ihre Zustimmung. — Der Magistrat hat mit Zustimmung des Organisationsausschusses und der Bezirksämtervorsitzenden der Versammlung den Entwurf eines Ortsgesetzes vorgelegt, wonach zum Zweck der

möglichst inalgne Gestaltung der Zusammenarbeit von Zentrale und Bezirken

Mitglieder der Bezirksämter zu Mitgliedern der zentralen Verwaltungsdeputationen und sonstigen ständigen Verwaltungsgremien berufen werden können. Die Ernennung soll durch den Oberbürgermeister auf Vorschlag der Vorsitzenden der Bezirksämter erfolgen. — Die Auswärtige ergab, daß sowohl Dr. Steiniger (Dnat.) wie auch v. Cagnern (D. Sp.) von diesem Ortsgesetz nichts wissen wollen, obwohl es, wie Genosse Dr. Wehl hervorhob, erst vor kurzem im Organisationsausschuss einstimmige Annahme gefunden hatte! Dr. Wehl hielt den beiden Herren, deren Parteien doch die Verwirklichung des Gedankens der Revision des Gesetzes Groß-Berlin nicht ablehnen könnten, vor, daß ihr jetztes Widerstreben dem gesunden Menschenverstande einfach unbegreiflich erscheinen müsse. Gerade im Sinne dieser „Reformer“ habe doch der Magistrat sich ernstlich um ein reibungsloseres Zusammenarbeiten zwischen Zentrale und Bezirken bemüht. — Oberbürgermeister Büch sprach gleichfalls eindringlich für das Ortsgesetz; auf die Revision des Gesetzes vom 27. April 1920 könne man nicht warten. — Dörr (Komm.) lehnte das Ortstatut ab, da er dem Oberbürgermeister nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen könne.

Die Vorlage fand eine Mehrheit, da auch die Demokraten und das Zentrum dafür stimmten.

Zu lebhaften Erörterungen führte dann noch der Antrag der Demokraten betr.

Beseitigung der Aufwandsentschädigung

an ehrenamtlich tätige Bürger. Hausberg, der ihn begründete, meinte, der Antrag spräche für sich selbst auf allen Gebieten werde jetzt gespart. Die Höhe der Diäten habe jede Bedeutung verloren, für den Betrag von 2-3 Sitzungen könne man kaum eine Zigarre erlösen; andererseits sei es unter den heutigen Verhältnissen unanständig, sie angemessen zu erhöhen. Darum forderte er den ganzen Diätenrat zu schließen Herr Hausberg. — Genosse Dr. Bohmann vermittelte in dieser Begründung jede Post. Die gesamten Diäten für alle Anwaltschaft, Ausschuss- und Magistratsitzungen machten im Jahre noch nicht 20 000 Goldmark aus. Jedem arbeitenden Mann und jeder arbeitenden Frau müsse es möglich gemacht werden, das Mandat auch wirklich auszuüben. Man solle den Antrag einem Ausschuss überweisen, der die Frage der Beseitigung der Aufwandsentschädigung und vor allem die der Beseitigung der ganz einseitigen Bevorzugung der Beamten zu prüfen hätte. Auch Müller-Franken (Wirtsch.-P.), Dörr (Komm.), Hallensleben (D.D.P.) sprachen gegen den Antrag, dem Koch (D. Nat.) soweit er entgegenkam, daß er wenigstens die Möglichkeit eines Abbaues im Ausschuss unterjucht wissen wollte. Zugleich

empfahl er zwei von seiner Fraktion eingebrachte Anträge, die eine Obstruktion, wie sie am 18. Oktober Herr Dörr vollführte, indem er durch sein Weiterreden die Beschlussfassung vereitelte und die Sitzung zum Aufliegen brachte, durch Entziehung der Diäten gehindert wissen wollen. — Nachdem Genosse Kreuziger den weiteren Antrag der Deutschnationalen, die konstituierten Diäten den Erwerbslosen zu überweisen, als unzulässig charakterisiert hatte, wurde Ausschussberatung für den Antrag der Demokraten beschlossen; die Anträge der Deutschnationalen verfielen der Ablehnung. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 9 Uhr.

Der Kontrollzähler.

Die Berliner Bevölkerung brennt in ihren Behausungen zu einem großen Teil Gas, während die Elektrizitätskonsumenten nicht so zahlreich sind.

Der schlichte Mann aus dem Volke denkt gewiß neidvoll nur an die schönen taghell erleuchteten Zimmer. Schieberinsti aber ist nicht so bescheiden. Er hat elektrische Platte, elektrische Teppich-Staubsauger, elektrische Nähmaschine, elektrische Fußheizkissen, elektrische Kocher und elektrischen Ofen Kurz alles elektrisch. Das muß doch aber ein fündhaftes Geld kosten, wundern sich der ehrliche arme Mensch. Bei gefühl Schieberinsti braucht zwar täglich . . . zig Kilowattstunden, aber an die städtischen Elektrizitätswerke zahlt er alle vierzehn Tage, wenn es hoch kommt drei Kilowatt. Meistens aber sind es nur bescheidene zwei, wenn nicht ein Kilowatt. Die Kontrolleure suchen mit gewissermaßen mikrotopisch gewordenen Augen den Zähler ab, er zeigt aber in vierzehn Tagen nicht mehr als zwei bis drei Kilowatt. Eines Tages kommt der Kontrolleur mit einem anderen Hausbewohner ins Gespräch. „Schieberinsti? Der? Na, den kenne ich nicht! Wissen Sie, was der jagt hat? Aber Sie dürfen mich nicht verzeihen.“ Der Kontrolleur schwört hohe Eide und erfährt mit grenzenlosem Staunen, daß der ehrenwerte Herr Schieberinsti mit zynischem Böckeln einem anderen Hausbewohner erklärt hat: „Lustig! Ich verfüge über ein unschätzbare Mittel. Da kann ich so viele Strom verbrauchen wie ich will, und die Uhr zeigt mich ein Zehntel Kilowatt. Damit ist es nach aussen, laß ich je zwei bis drei Kilowatt laufen. Mir kann kein Kontrolleur was, um ich habe r-eine Freibe dran, wenn sie kommen und spannen, hähäh!“ Der Kontrolleur meldet das der Direktion. Am anderen Tag erscheinen bei der Hausfrau, die unter Herrn Schieberinsti wohnt, zwei Beauftragte des Elektrizitätsamtes, die sich legitimieren und die Hausfrau aufklären. Mit größter Bereitwilligkeit läßt man die Herren ein, die mit größter Leichtigkeit in die Leitungen, die durch die Decke in Herrn Schieberinstis Wohnung führen, einen Kontrollzähler einbauen. Schieberinsti ahnt nichts, plätscht, lacht, nützt und heizt elektrisch, daß es nur so rauscht. Am anderen Tage zeigt der Kontrollzähler 28 Kilowatt. So geht das ruhig zwei Wochen. Eines Tages erhält Schieberinsti eine Rechnung vom Elektrizitätsamt über 331 Kilowattstunden, zu je . . . Goldpfennigen, macht . . . Rentenmark. Er rein in seinen Belz und zum Elektrizitätsamt: „Was soll das heißen? Wohl toll geworden, was? Bureaukratiegesellschaft! Wiederliche Wirtschaft! Ich der Revolution.“ Er wird feierlich in das Direktorialzimmer geleitet. Der Direktor ist die Liebeshörigkeit selber, aber er hat ein Auge wie ein Kriminal, denkt Schieberinsti und knüpft den Belz auf.

Nach einer kurzen Weile erscheint er wieder in der Tür; er ist sehr rot und sehr, sehr klein und bescheiden, geht zur Kasse und zahlt merklos die ganze Rechnung. Am liebsten möchte er „die ganze Bande aufhängen“, nämlich weil sie schlauer war als er, denn er muß für einen zwei Jahre lang unterschlagenen Verbrauch eintausend Goldmark nachzahlen, wenn er nicht mit „Alte“ und mit Wähnsche Bekanntheit machen will. Ja, ja, so geht es. Es gibt nicht wenige solcher Schieberinstis in Berlin, die sich heute noch unentdeckt wohnen. Sie kommen aber nach und nach alle ran.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Und dort auf der Kommandobrücke ging der Herr im Belz, und so siegesicher war er, daß er noch immer mit gemühtlichem Gesicht die lange Pfeife rauchte. Der Kapitän neben ihm hatte das Kommando über den Dampfer mit dem Wassererschlauch übernommen. „Dorthin!“ zeigte er. „Gib ihnen eine Spritze! So ist es gut! Wohnter!“ Der Maschinist war ein dünner Kerl mit ausgeprägtem Aermeln, die Arme waren tätowiert. Er wollte eben den Wasserstrahl dorthin richten, wo Jakob einherirampelte, als plötzlich hinter ihm ein Bursch auftauchte — das war Kanel. Er war unter dem Dampfer durchgeschwommen und auf der anderen Seite hinausgeschleudert. „Achtung!“ rief der Kapitän. Aber ehe der Maschinist sich umwenden konnte, taumelte er zu Boden, von einem Schlag mit einer messingnenen Tabakdose getroffen. Kanel gab ihm einen Tritt, daß er in den Schiffsraum hinunterfiel, nahm den Schlauch und richtete ihn auf die beiden auf der Kommandobrücke. Der Mann im Belz griff sich nach dem Gesicht, stieß ein Jammergeheul aus, taumelte nach hinten. Der Kapitän fluchte und brüllte, duckte sich nieder, blieb liegen. Und nun stürmten die Fischer an Bord. Aber Kanel's richtete den Schlauch auf den Maschinisten des Nachbar-Dampfers. Ja, er leitete die Eroberung einer Festung, er war General. Der Kerl da hinten bekam einen Strahl in die Frage, ließ den Schlauch fallen, heulte auf.

Im nächsten Augenblick stürmten die Fischer auch diesen Dampfer, und ehe man sich's versah, waren alle Dampfer in ihren Händen. Jetzt kamen ein paar Boote von den Regmannschaften zu Hilfe geeilt, aber es war zu spät. Der Herr im Belz war wieder auf die Beine gekommen, und obwohl er die eine Hand vor das Gesicht hielt, winkte er mit der anderen und wollte sprechen. „Hört, Leute — Ihr sollt hinein! Aber Ihr müßt versprechen, daß Ihr unseren Regnen nicht in den Weg kommt.“

Er hätte ebensogut zu einem Orkan sprechen können. Er wurde von ein paar wilden Kerlen gepackt und über Bord geworfen. Der Kapitän ging denselben Weg, während er suchend mit den Fäusten um sich schlug — gut, daß die Regboote in der Nähe waren, die sie auffischen konnten. Und auf allen Dampfern geschah das gleiche; die verbrühten, halbblinden Fischer waren unbändig; sie warfen Kapitäne, Reeder, Maschinisten über Bord und dann — dann rauten sie in die Kajüten hinunter, zerschlugen Spiegel, Lampen, Flaschen, alles, was sie nur bekommen konnten. Rache, Rache! Aber das dauerte nur einen Augenblick. Der Fisch dort drinnen im Fjord, der Reichtum, der Fisch, der Fisch!

Rasch wurde die Kette der Dampfer getrennt, die Fischerflotte strömte hinein, breitete sich über den Fjord aus, immer weiter landeinwärts. Aber hier gewahrten sie die Sperrnege, eines nach dem andern, von geschäftigen Booten umschwärmt. Die mußten sie haben. Das war die Art des Großfischers, reich zu werden; sie leerten das Meer mit ein paar Jügen, daß für die kleinen Leute nichts übrig blieb — „Fahrt sie, vorwärts!“ Innerhalb der Sperrnege standen die Fische so dicht, daß es ausah, als werde die Wasserfläche von einem Hagelschauer gepölkelt, aber im ganzen Fjord war es nicht anders, Rückenflößen, Rückenflößen überall, der Fjord lebete, sie ruderten in Fischen, dies war ein Märchen! Alle Augen waren blutunterlaufen. Die Ruder hoben sich zum Schlags, die Regboote wurden überwältigt, die Männer niedergeschlagen, die Fischer stürzten sich auf die Rege, schnitten, rissen, hieben sie in Fegen. Was doch der Fisch erschöpfen. Dort hinten ist ein neues Sperrnege. Die Boote rasen dorthin. Rasch ist die Schlacht im Gange.

Aber da kommt der Wal zurück. Er fährt durch den Fjord, prustend und schnaubend, er stößt vor Entsetzen, daß die Felschänge bebten, er hatte am Ende des Fjords keinen Ausgang gefunden, er fühlte sich gefangen. Panik, Panik! Er jagt Heringschwärme vor sich her, beachtet sie aber nicht mehr, er sticht nur sinnlos dahin, um aus der Falle zu entkommen, dem Meere zu, dem Meere zu.

Wellen gehen von ihm aus wie von einem Riesenschiff. Und jetzt kommt noch einer. Nun wird es still in den Booten. Sie beginnen ans Ufer zu steuern, um aus dem Wege zu kommen.

Und da ist noch einer, aber der wird von einem Todfeind verfolgt, dem Delfin. Die munteren Jäger springen hoch aus dem Wasser, er sind schlante, hellblaue Leiber, und sie fallen knirschend nieder, daß das Wasser aufspritzt, reißen sich einen Bissen aus dem großen, schnaubenden Felsberg heraus und springen munter wieder in die Luft. Das ist gute Jagd. Ist es ein Wunder, daß der Wal die Fassung verloren hat?

Er pflügt durch den Teil der Fischerflotte hindurch, der nicht mehr ausweichen konnte, die Boote schaukeln auf den mächtigen Wellen, man hört erschrockene Rufe, ein Delfin fliegt in die Luft und fällt fast in ein Anglerboot zurück, aber der dunkle, schnaubende Felsblock treibt so dicht vorbei, daß man auf seinen Rücken springen könnte. Jetzt hat der Wal die Boote hinter sich, aber gerade vor ihm sind wieder die Dampfer — ist der Fjord dort auch zu Ende? Der Wal will umkehren, aber der Delfin ist über ihm. Da ist es, als presse der Tod ihm das Herz zusammen, er macht einen sinnlosen Sprung, der gewaltige Körper hebt sich aus der See und schwebt einen Augenblick in der Luft, aber der Körper ist schwer, er muß wieder hinunter, und dort unten wartet der Verfolger mit den messerscharfen Zähnen.

Einen Augenblick tanzt der Wal im Wasser herum, wahn-

sinnig — rasselnd. Der Fjord schäumt und wallt. Und der Delfin haßt einen Bissen nach dem anderen aus seinem Leibe, daß das Blut aufspritzt und die Wellen der grauen See sich rot färben. Da stößt der Wal nach unten, tief auf den Grund hinunter, daß der Schwanz bei dem letzten Schwung noch aus dem Wasser herausragt, Blasen steigen auf, ein Dampfer in der Fjordmündung bekommt einen gewaltigen Stoß — das ist der Wal, der unter dem Riel wegscharrt, auf seiner Flucht ins Meer hinaus.

22. Niemals noch hatte wohl je ein Mensch von einem solchen Kabeljau gehört, wie er jetzt hier im Fjord einsetzte.

Die Boote wimmelten durcheinander, man sah Heringe und Fische im Wasser springen, man warf Rege und Angeln aus, wo es sich gerade traf, und immer enger drängten sich die Boote aneinander, so daß sie immer tiefer und tiefer in den Fjord hinein mußten. Über überall stand der Fisch in dichten Schwärmen und die Augen wurden wild und gierig. Die Vögel in der Luft und die Menschen auf der See freischten. Raum waren die Rege ausgelegt, so konnte man sie auch schon wieder voll einziehen, und die Boote waren zum Sinken schwer mit Fischen beladen, aber was sollte man damit um? Ein paar Handelsfahrzeuge waren gekommen, sie wurden umringt, man schlug sich darum, heranzukommen; es galt ja nur, die Boote zu leeren und dann von neuem Rege auszuwerfen. Einige von den Fischdampfern gaben das Fische aus und begannen zu kaufen, und jetzt war es leicht, die Preise zu drücken, kein Fischer hatte Zeit zu feilschen, sie nahmen, was ihnen geboten wurde, es galt ja nur, das Boot zu leeren. Es war ein Fang ohne Aufsicht und gegen alles Recht und Gesetz, es hieß sich durchzuschlagen und sich den Nachbarn vom Leibe zu halten; es hieß, anderen die Rege zu zerreißen und zu zerschneiden, wenn sie im Weg waren, und das Boot mit Reichtum zu füllen. Es dämmerte, und keiner dachte daran, an Land zu gehen. Es wurde dunkel, aber der Fang ging im Dunkeln weiter, man warf Rege aus, man holte sie ein und hatte von neuem das Boot voll. Die in der Nähe des Handelsfahrzeugs lagen, hatten Glück, ihre Boote wurden rasch wieder geleert, andere fuhren an Land und luden die Fische einseitig am Strande ab. Es würde wohl ein Käufer kommen. Es wurde Mitternacht, und jetzt wurde es erst lebhaft. Der Fjord hatte so öde dagelegen mit seinen Schneebergen zu beiden Seiten und seinen erstarrten toten Ufern. Jetzt hallten die Felsen vom Lärm. Es kamen neue Fischer an, die mit aller Macht gerudert hatten, Rege aus, Angeln aus. Hatten andere gerade an derselben Stelle schon ihre Rege ausgeworfen, so hatten sie den Schaden; mochten sie doch schimpfen. Angeln lagen über Rege, die Rege hatten den Schaden davon, die Angelfischer wollten auch leben. Selbst im Dunkeln sieht man, daß der Fjord von Fischen wimmelt — Reichtum, Reichtum! (Fortsetzung folgt.)



# Es lohnt nicht!

## Das Schicksal einer „Millionen-Erbchaft“.

Die Stadt Berlin hat nicht selten von mehr oder minder-bemittelten Leuten, die bei ihrem Tode keine näheren Verwandten hinterließen, den gesamten Besitz als Vermächtnis erhalten. So manche Stiftung, die mit Hunderttausenden oder gar mit einigen Millionen ausgestattet war, konnte aus ihren Zinserträgen entweder Kostendeckende mit barem Geld unterstützen oder Erwerbs-unfähige in Altersheimen versorgen. Anzwischen haben wir die beispiellose Geldentwertung erlebt, haben an Geldbeutel und am Wogen es spüren müssen, wie bis zum früheren Wert einer Mark die Million, die Milliarde, die Billion hinabsinkt und hin-unterföhrt. Was sind heute Hunderttausende, was sind Millionen, die ein fürsorglicher Erblöser in seinem vor Jahren oder Jahrzehnten erteilten Testament den bedürftigen Schülern der Stadt-gemeinde bestimmt hat? Eine Billion gleich einer Mark, zehn Milliarden gleich einem Pfennig! Vom Pfennig der zehnte Teil gleich einer Million, der zehntausendste Teil gleich einer Million!

Was soll da die Stadt mit einer Million an-fangen, die ihr aus einem Testament zufällt? Früher war es eine Seltenheit, daß sie Vermächtnisse von wenigen hundert Mark als gar zu gering und nicht lohnend ablehnte. Heute muß sie bei „Millionen-Erbchaften“, die einst Aufsehen erregt hätten, die An-nahme verweigern, weil bei der Verwaltungsarbeit die geringste Schreibleistung ein Verzeichnis des ganzen „Vermögens“ erfordert. Abgesehen hat der Magistrat jetzt eine Erbchaft, deren Wert vom Testamentsvollstrecker auf 3 bis 4 Millionen geschätzt wird. Er verweigert die Annahme wegen „Geringfügigkeit der Masse“, die in seinem Verhältnis zu den Verwaltungskosten und dem zu er-wartenden Nutzen steht. Ueberdies darf das „Kapital“ niemals an-gegriffen werden, so daß nur der Zinsertrag zu Unterhaltungen verwendet werden könnte. Drei Geschwister, die einen gemein-samen Haushalt führten und einander beerbten, hatten als schließ-lichen Erben die Stadt Berlin eingeseht. Der Wert von 3 bis 4 Millionen war noch vorhanden, als die letzte der Geschwister starb und die Stadt die Erbchaft antreten sollte. 4 Millionen reichten aus, im Stützbureau des Magistrats einem das Vermächtnis bear-beitenden Bureauangestellten die Arbeitsleistung einer halben Minute zu bezahlen. Und mit diesen 4 Millionen kann der Bureauangestellte ein Krümchen Brot bezahlen, das so wenig ist, daß er es achlos vom Tisch feht. Denn ein einziges Gramm Brot kostet ungefähr das Hundertfache von 4 Millionen! Wenn die Stadt das ganze „Kapital“ dieser „Millionen-Erbchaft“ einem einzigen Armen überweisen dürfte, lohnte es nicht, daß er die Hand danach ausstreckte.

Angesichts solcher Folgen der Geldentwertung stelle man sich vor, was heute die Stiftungen der Stadt noch leisten können! Als der Krieg zu Ende ging, wurde für Berlin damaligen Umfanges das gesamte städtische Stützwertmögen auf 55 Millionen Mark ge-schätzt. Es wird heute in Papiermarkt sehr viel „höher“ sein, weil der in diesem Betrag enthaltene Grundbesitz (damals 11½ Millionen) beträchtlich gestiegen ist, und auch die in Wertpapieren angelegten Teile des Stützwertmögens, heute in Papiermarkt ausgedrückt, eine sehr hohe Zahl ergeben. Wieviel aber — oder richtiger gesagt: wie wenig — mag an wirklichen Werten in den Stützwertmögen übrig geblieben sein? Auch die Frage drängt sich auf, wie das alte Krümchen gelebt haben mag, das als ehemaliges Reiche die von der Stadt jetzt abgelehnte „Millionen-Erbchaft“ hinterließ.

## Eröffnung des Weihnachtsbaummarktes.

### Der kleinste Baum 260 Goldmark.

Die Abteilung W des Polizeipräsidenten teilt zur Eröff-nung des Weihnachtsbaummarktes mit, daß alle Arten von Nadelbäumen bis zu den größten (sogenannte Saabäume), die zur Weihnachtszeit auf den Markt gelangen, Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, auf die die Preisreibereverordnung Anwendung findet. Nach eingehenden Ermittlungen sind folgende Preise als angemessen festgesetzt worden: im Großhandel: kleine Bäume 1,50 M., mittlere Bäume 2,00 M., mittlere große Bäume 2,50 M., große Bäume 3 M. — Im Kleinhandel: kleine Bäume 2,60 M., mittlere Bäume 3 M., mittlere große Bäume 3,60 M., große Bäume 4,30 M. Ein Ueber-schreiten dieser Preise begründet den Verdacht des Wuchers. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, bei Nachprüfung wegen Wucherverdachts zu berücksichtigen, daß dem Großhandel nach Aufrechnung aller Unkosten ein Reingewinn von 7½ Proz. und dem Kleinhandel ein Aufschlag von 45 Proz. auf den Einkaufspreis zugebilligt wird. In letzterem Falle sind jedoch für den Kleinhandel die Unkosten für Abfuhr vom Aufstells-bahnhof, Sortieren, Ausbessern, Verlust, Waghüter, Hilfskräfte, Steuerabgaben nebst dem Reingewinn enthalten. Die Polizei-beamten werden unter Beobachtung der angegebenen Gesichtspunkte auf das energischste gegen jeden Wucher einschreiten und in besonders traffen Fällen zur Beschlagnahme und zum Verkauf der Bäume zu angemessenen Preisen schreiten.

## Warum der Unterschied?

Zu der Koll. „Warum der Unterschied“ in Nr. 575 vom 9. De-zeμβer gibt das Ernährungsamt nachstehende Aufklärung: „Die höhere Vergütung der in Berliner Kaufställen erzeugten und unmittelbar von dort aus an Verbraucher abgegebenen Milch ist eine seit langer Zeit ererbene Forderung der Berliner Molkereibesitzer, die in der besseren Qualität dieser Milch ihren Grund hat. Daß die Qualität dieser Milch besser sein muß, ergibt sich daraus, daß diese Milch frisch an den Verbraucher gelangt, während im allgemeinen die vom Lande nach Berlin herangebrachte Milch älter, meist 24 Stunden alt ist. Die höhere Vergütung der Molkereimilch ist ferner auch in der Friedenszeit üblich gewesen; der Berliner Kaufstallbesitzer hat auch damals schon ungefähr 10 Proz. mehr für seine Milch erhalten, als der gewöhnliche Kleinhandelspreis betrug. Schließ-lich sei noch darauf hingewiesen, daß die Produktionskosten innerhalb der Stadt wesentlich teurer sind, als auf dem Lande und daß die Berliner Kaufstallbesitzer die Notwendigkeit eines er-höhten Preises zum mindesten für die gegenwärtige Zeit durch eine Realisation der Gestehungskosten nachgewiesen haben.“

## Erneute Preisfestsetzung im Lebensmittelhandel.

Die Kolonialwarenhandlcr haben weitere Herabsetzung der Preise beschlossen, so daß diese in einzelnen Fällen denen der Vor-kriegszeit entsprechen, in anderen Fällen sich ihnen ziemlich nähern. Auch im Bäckergewerbe erfolgt von heute ab ein weiterer acht-prozentiger Abschlag. Leider kommt diese erfreuliche Mitteilung zu-nächst nur aus — Frankfurt a. M. Es besteht aber wohl kein Zweifel, daß die Berliner Kolonialwarenhandlcr und Bäcker ihren Frankfurter Kollegen nicht werden nachstehen wollen, denn man kann nicht annehmen, daß sie sich selber das Weihnachtsgeschäft verderben wollen, was unsehbar eintreten würde, wenn jetzt die Preise erneut steigen würden.

## Senkung des Eierpreises.

Von der Eier-Kontrollkommission bei der Abteilung W des Polizeipräsidenten wurde der Preis für ein Ei ab 12. Dezember auf 25 Pfennige fest-gesetzt. Da in den letzten Tagen wiederholt Ueberforderungen der durch die Kommission festgesetzten Eierpreise beobachtet werden konnten, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Nicht-beachtung dieser Richtpreise unmissverständlich verfolgt wird.

**Rechtsträchtige Handelsverbote.** Im Laufe des Monats No-veμβer sind folgende Handelsverbote erlassen und jetzt rechtsträchtig: 1. gegen den Händler Friedrich August Nießl in Berlin-Kreuzb., Juliusstr. 65, weil er zur menschlischen Er-nährung unbrauchbaren Wismutrotz zu verkaufen ver-sucht hat, und 2. gegen den Kohlenhändler Heinrich Kurt in Berlin-Charlottenburg, Oetzerstraße 48, wegen wucherischer Zu-schaltung von Kohlen.

# Ein Mädchenmord?

## Der Schuß im Dampfkeller.

Die 17 Jahre alte Kontoristin Maria Rajewski, die bei ihren Eltern in der Müllerstr. 25a wohnte, war bei einer Getreide-handlung in der Hauptstraße zu Schöneberg beschäftigt und lernte einen 22-jährigen Hauptkäufer Kurt Reischner kennen. Die beiden jungen Leute trafen sich öfter nach Schluß des Geschäftes und Reischner nahm das Mädchen auch einmal mit in seine Wohnung in der Schaperstraße 11, während seine Eltern, die selten zu Hause waren, in ihrem Dampfkeller in der Zwingerstraße zu tun hatten. Zu Montag, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, hatte das junge Paar wieder ein Zusammenreffen am Bahnhof Savignypfad verabredet. Seitdem ist das Mädchen verschwunden.

Der Vater und ein Bruder der Vermissten machten sich nach der Schaperstraße 11 auf, um sich nach Reischner zu erkundigen. Während sie auf dem Grundstück fröhen, kamen aus dem Hinter-haus eine Frau und ein junger Mann mit einem Koffer heraus und gaben ihnen die Auskunft, Reischner wohne im vierten Stock. Dort erfuhr aber Rajewski, daß diese Auskunft falsch war, daß Reischner vielmehr im Keller wohnte. Auf An-zeige der Eltern leitete die Kriminalpolizei Nachforschungen ein, und die Mordkommission nahm Reischner ins Geziel. Er behauptet, daß er mit der Kontoristin zu der angegebenen Zeit zwar ein Stell-dichlein verabredet, so aber nicht getroffen habe. Als sie nicht pünkt-lich gekommen sei, habe er bei dem schlechten Wetter abends nicht lange warten wollen, in der Tavennienstraße ein Straßen-mädchen angesprochen und nach der ertlerischen Wohnung mit-genommen. Die dem Mädchen habe er etwas geschickt, es habe sich aber mit ihm nicht einlassen wollen, weil er krank sei. Er habe es nun wieder hinausgeschickt und sei noch bis an die Ecke des Kurfürstendamms und der Joachimsthaler Straße mit ihm gegangen. Was aus der Maria Rajewski geworden sei, wisse er nicht. Die Frau, die den Eltern der Vermissten die falsche Auskunft gab, war, wie festgestellt wurde, Frau Reischner. Sie behauptet, der Saal, den sie getroffen habe, sei mit Brenndholz gefüllt gewesen, des-se von ihrer Wohnung nach dem Dampfkeller in der Zwinger-straße getragen habe. Leute, die über dem Reischnerischen Keller wohnen, behaupten, am 3. Dezember spät abends einen Schuß gehört zu haben. Der junge Reischner bestreitet, geschossen zu haben und behauptet, daß er zu jener Zeit nicht in der Wohnung gewesen war. Es ist festgestellt, daß er eine Pistole besessen hat. Denn hat er sie nicht mehr, ihren Verbleib kann er aber nicht nachweisen. Ebenfalls den Verbleib einer Diana'sen Hofe, die zu einem Antrag gehört, den er am 3. Dezember getroffen hat. Wer über den Aufenthalt des vermissten Mädchens irgend etwas weiß, insbesondere auch, wer es mit Reischner gesehen hat, ferner auch das Straßennamen, mit dem dieser die ertlerische Wohnung aufgesucht haben will, oder wer Reischner mit diesem Mädchen zusammen gesehen hat, wird ersucht, sich bei den Kriminal-kommissionären Dr. Anuschat und Duch im Zimmer 96 des Po-lizeipräsidenten, Hausaruf 512, zu melden.

**Der rätselhafte Tod eines Hausmädchens** beschäftigt augen-blicklich die Potsdamer Kriminalpolizei. Die 15-jährige Margarete Kermann wurde am Sonnabend in Potsdam damit beauf-tragt, zwei Brote aus der Stadt zu holen. Die Kermann wurde von einem Chauffeur mit einem Boot übergesetzt. Als das Mädchen abends nicht wiederkam, wurden sofort Nachforschungen angestellt, die aber erfolglos blieben. Vorgehen am Abend fand der Vater die Leiche des Mädchens an der Mündung des Potsdamer Stadt-kanals im Wasser schwimmend vor. Neben dem Mädchen satzma-ne eine neue Bluse, die es sich am Sonnabend in einem Potsdamer Warenhaus gekauft hatte.

## Der Mord an dem Wachtmeister Kallisch.

Zu dem schweren Zusammenstoß auf dem Kettischplatz, dem der Schuppolizeiwachtmeister Kallisch zum Opfer gefallen ist, wäh-rend sein Kamerad noch schwer daniederliegt, wird mitgeteilt, daß Kriminalkommissar Braschwig und zwei Beamten bisher 12 Personen als beteiligt festgenommen haben. Der angeblich schwedische Wirt David Kahn, der gleich auf der Flucht ergriffen wurde, ist als ein 23 Jahre alter, früherer Arbeiter Friedrich Heizweil festgestellt worden, ein gewerbsmäßiger Einbrecher, der aus dem Gefängnis zu Wrona entwichen und mit seiner Geliebten, einer verheirateten Frau, nach Berlin ge-kommen ist. Heizweil hauste hier mit seiner Geliebten auf dem Wedding und stellte verschiedene Einbrecheraktionen zusammen, mit denen er abwechselnd „arbeitete“. Er sprang, während die Beamten, die die Bande stellten, jeder einen Mann nach Schußwaffen ab-fakelten, einige Schritte zurück und gab, nachdem andere Beteiligte sich niedergeworfen hatten, aus geringler Entfernung die weißen Schüsse ab. Er gibt auch zu, geschossen zu haben. Einige Mitglie-der der Bande werden noch gesucht.

## Zugenaussagen . . .

Eine wüste Straßenszene spielte sich im September vor dem „Wintergarten“ bei der Feststellung eines angeblichen Willethändlers ab. Daraus entwickelte sich eine Anklage gegen den Kaufmann Wil-helm Rahnholt wegen Willethandels und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Ein Schupwachmeister glaubte beobachtet zu haben, daß W. Willeth verkauft. Als er ihn festnehmen wollte, wurde der Beamte durch das Publikum bedroht und gegen die Wand gedrückt, so daß erst ein hinzu-kommender Oberwachmeister ihn befreien mußte. In der Haupt-verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte trat Rechtsanwalt Dr. Puppe den Beweis dafür an, daß Rahnholt sich weder des Willethandels noch des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe, daß der Beamte vielmehr ihn sofort seiner In-struktion zuwider zur Wache führen wollte. Die Verhandlung ergab, daß der Wachtmeister etwas ganz anderes be-fundete, als er selbst vorher zu Protokoll gegeben hatte und daß diese Angaben wiederum die Aussagen des Hauptwachmeisters entgegenstanden. Mit Rücksicht auf diese widersprechenden Zeugenaussagen folgte das Gericht dem Antrage der Ver-teidigung und erkannte auf Freisprechung.

## Das Vierdiebstahlkonsortium.

Nicht weniger als zehn Diebstähle ganzer Gespanne, Pferde und Wagen, wurden den Aufsehern August Pohl und Paul Rihmann, die sich vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten, zur Last gelegt. Die beiden Angeklagten haben diese Diebstähle innerhalb ganz kurzer Frist ausgeführt. Auf den Winterbahnhöfen legten sie sich auf die Lauer. Sobald sie ein Fuhr-werk unbeaufsichtigt stehen sahen, schlangen sie sich auf den Hof und fuhren davon. In vielen Fällen erbeuteten sie dabei auch noch neben den Gespannen eine reiche Last. Abnehmer für Pferd und Wagen war ein ganzes Konsortium von Hehlern. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Treibens der Diebe und Hehler erkannte die Strafkammer auf sehr hohe Strafen. Pohl und Rihmann erhielten je 3½ Jahre Zuchthaus. Der Händler Karl Seeburg drei Jahre, der Händler Franz Replin ein Jahr, der Landwirt Paul Hejnemann drei Jahre und der Händler Franz Beste ein Jahr drei Mo-nate Zuchthaus.

## Lebensmittelpreise in Berlin am 11. Dezember

in Goldmark	
Rindfleisch . . . . .	1,20—2,30
Kalbsteisch . . . . .	1,10—2,20
Hammelfleisch . . . . .	1,20—2,10
Schweinefleisch . . . . .	1,50—2,20
Lebende Hechte . . . . .	1,70—2,10
Schleie . . . . .	1,50—2,20
Hachte in Eis . . . . .	1,10—1,70
Barsche in Eis . . . . .	1,00—1,10
Schellfisch . . . . .	0,45—0,90
Kabeljau . . . . .	0,50—0,70
Grüne Herings . . . . .	0,50—0,65
Margarine . . . . .	0,75—1,20
Schmalz . . . . .	1,10—1,25
Ei . . . . .	0,27—0,28
Kartoffeln (10 Pfd.) . . . . .	0,40—0,45
Weißkohl . . . . .	0,67—0,68
Wirsingkohl . . . . .	0,68

# „Dr. med. Heiny.“

## Ein fessamer Sozialpsychologe.

Der Traum eines Lebens war für den Magistratsbureau-beamten Harry Hartmann, den „Doktor“ zu spielen. Sein Jugendwunsch, Medizin zu studieren, konnte ihm nicht erfüllt werden, da der Vater nicht die nötigen Geldmittel dazu hatte. So war Hartmann genötigt, sich als Magistratsbureau-beamter seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Glücklich war er aber, als er im Kriege als Sanitätler Dienst tun konnte. Seitdem beschäftigte er sich Tag und Nacht mit medizinischen Fragen. Ganz besonders legte er sich auf das Studium der Sexualpsychologie.

Um sich nun auch praktisch zu betätigen, machte er sich an die Frauenwelt der durch ihren eigenartigen Charakter gekennzeichneten Diefen in der Nähe des Stadtbahnhofs Charlottenburg heran. In der Nirvana-Diele in der Mohrenstraße war er mit seiner Frau Stammgast und nannte sich hier „Dr. Heiny“. Bald wurde der „Herr Doktor“ von den in der Diele verkehrenden Damen in dis-freten Fällen um Rat und Hilfe angegangen. Der „Herr Doktor“ war mit seinen Ratsschlüssen auch gern zur Hand, schrieb eifrig Rezepte aus und bestellte seine Patientinnen auch in sein sexualpsychologisches Institut, das in der Wohnung des hngarischen Medizinastudenten Jacques Kofaschewi ein-gerichtet war. Kofaschewi studierte zwar erst im ersten Se-mester und Heint des Studium nicht allzu eifrig betrieben zu haben, denn er schwärmte die Nächte durch und veran-staltete in der Nirvana-Diele und Lokalen ähnlichen Charakters große Gelage. Eines Tages kam die Kriminalpolizei hinter das Treiben der beiden. Die Folge war, daß das „sexualpsychologische Institut“ geschlossen und die beiden Inhaber hinter Schloß und Riegel gebracht wurden. Jetzt hatten sich Hartmann und Kofaschewi zusammen mit einem Fräulein L., die Gegenstand ihrer operativen Versuche war, von der ersten Strafkammer des Land-gerichts III zu verantworten. Hartmann behauptete, daß er im Begriff gestanden hätte, mit einem rumänischen Arzt zusammen in der Karstraße eine Poliklinik zu eröffnen. Der Gefängnis-arzt Dr. Hirsch stellte fest, daß „Dr. Heiny“ die wildesten Re-zeppte ausstellte und alle möglichen Krankheiten feststellte habe, die die Patientinnen gar nicht hätten. Die Strafkammer ver-urteilte Hartmann wegen schwerer Urkundenfälschung durch Ausstellung falscher Rezepte zu 1½ Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Drei Monate wurden auf die Unteruchungshaft angerechnet. Die Angeklagte L., von der das Gericht annahm, daß sie sich in anderen Umständen gelaubt habe, wurde wegen versuchter Abtreibung zu drei Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungs-frist verurteilt. Die gegen Kofaschewi wegen Beihilfe zu-erkannten drei Monate Gefängnis sind durch die ertlerische Haft verübt. Beherter wurde aus der Haft entlassen, Hartmann dagegen nicht auf freien Fuß gesetzt.

## Das Schicksal der erwerbslosen Frauen.

Ueber „das Schicksal der erwerbslosen Frauen“ sprach Genossin Bohm-Schuch in einer überfüllten Erwerbslosen-Ver-sammlung im Gewerkschaftshaus. Die Rednerin erinnerte daran, daß sich heute unsere Gegner auf der ganzen Linie zum Kampf gegen die Arbeiterschaft rüsten und daß dieses Vorgehen den Zusammenhalt der Parteigenossen und Genossen nötiger denn je mache. Nach der Beendigung des Krieges wurden die arbeitenden Frauen von den heimgekehrten Männern aus ihren Arbeitsstellen verdrängt. Dieser Vorgang war wirtschaftlich begründet. Die So-zialdemokratie hat sich daher auch der Notwendigkeit der Arbeits-beschaffung für Männer keinen Augenblick verschlossen. Aber was damals für die Volksgemeinschaft notwendig war, suchen heute die Gegner der Arbeiterschaft im kapitalistischen Interesse auszubenten. Dagegen muß die ganze Arbeiterschaft geschlossen stehen. Leider hat die arbeitende Frau oft noch mit dem Unverständnis ihrer männlichen Kollegen zu kämpfen. Hier muß insbesondere Wandel geschaffen werden. Gerade der Krieg hat den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, so brutal gegen die Arbeiterschaft auf-zutreten, wie sie es heute tun. Unsere nächste Aufgabe muß es daher sein, den Staat von den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung zu befreien. Die Erwerbslosensfürsorge wurde durch Verordnung der Volksbeauftragten geschaffen und durchgeführt. Die arme deutsche Republik wollte ihre hungernden Volksgenossen nicht im Stich lassen. Das überrelig-iöse Deutschland dagegen hat für seine Erwerbslosen nichts getan. Heute soll die tröstliche finanzielle Lage des Reiches wieder als Verwand dienen, um selbst die unzureichende Erwerbslosen-fürsorge zu befechtigen. Das Unternehmertum wünscht sich willige und billige Lohnsklaven wie früher. Gegen alle diese Mächtigkeiten hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den schärfsten Widerspruch erhoben. Am erfolgreichsten wird die Erwerbs-losigkeit bekämpft durch die Schaffung von Arbeit. Die For-derung nach Arbeit müssen wir wieder und immer wieder erheben. Doch uns, so schloß die Rednerin, treu zusammenhalten, damit die Umgestaltung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung gelingt. An den Vortrag schloß sich eine lebhaftc Diskussion. Schließlich wurde an die Erwerbslosen unentgeltlich Brot verteilt.

## Unsere Nothilfe.

Für die Kinder- und Jugendheilung der Ar-beiterwohlfahrt gingen ein: Emma Breit 10 Rentenmark; Fr. 4,20 Goldmark, durch Dr. Herz 105 Goldm., durch Ebnh 10 Rentenm., Gujo Simon 80 Goldm., Bett Simon u. Co. 50 Bil-lionen, Reichspräsident Ebert 300 Billionen, Keller 2,20 Goldm., Ho. 500 Milliarden, So. 20 Billionen. Weitere Zuwendungen er-bittet Zentralausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderhaus, zu Händen Minna Todenhagens, Berlin SW 88, Lindenstr. 8, II. Hof 2 Tr. rechts.

## Gebt nur dem Wohlfahrtsamt!

Vom Bezirksamt Friedrichshain geht uns folgende Warnung zu: In letzter Zeit sind dem Bezirksamt Mitteilungen darüber ge-macht worden, daß sich Erwerbslosensräte an Geschäfts-inhaber heranmachen mit der Aufforderung, Lebensmittel für die Erwerbslosen zu spenden. Als Gegenleistung wird ihnen ver-sprochen, ihre Bäden bei eintretenden Unruhen vor Plünderungen zu bewahren. Leider muß festgestellt werden, daß einzelne Geschäfts-inhaber Spenden, die sie dem Wohlfahrtsamt bereits zugewandt haben, zurückgezogen haben, um diese den Erwerbslosen zuzuföhren in dem Glauben, bei Plünderungen verschont zu bleiben. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, sich an derartigen Spenden an Unbekannte zu beteiligen. Ganz abgesehen davon, daß über die eingehenden Mengen und deren Verteilung jegliche Kontrolle fehlt, ist andererseits gar keine Gewähr vorhanden, daß den wirklich Hilfs-bedürftigen die Spenden auch übermittel werden. Wir möchten daher an die Geschäftsinhaber unseres Bezirks die dringende Bitte richten, derartige Ersuchen abzulehnen und Spenden an Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken entweder an das Wohl-fahrtsamt des Bezirks, Rigaer Str. 107/108, oder an das Arbeitsamt, Am Stralauer Platz 30/31, zu über-mitteln. Hier ist die Gewähr vorhanden, daß die eingehenden Spenden an wirklich Bedürftige verteilt und kein Mißbrauch damit angetrieben wird. Die große Not, in der sich die Arbeitlosen und Kleinrentner befinden, gibt es zu mindern. Ganz besonders müssen unsere Lieben Alten vor dem Verhungern geschützt werden. Darum gebe jeder, der in der Lage ist, zum Wohlfahrtsamt sein Scherlein zur Vinderung der harten Not. Doppelt gibt, wer schnell gibt.

**Eine neue Speisekarte.** Die Kinderküche- und Rettungs-ausschüsse, die in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandslieferung (E. Z.) steht, eröffnete am Dienstag die erste von acht Speisestellen in der Ge-meindehalle in der Donaustraße zu Reußbän, wo hundert arbeits-



Iose Jugendliche gespeist werden. Frau Stadträtin Gen. Wehl übermittelte den anwesenden Vertretern der genannten Gesellschaft den Dank der Stadt Berlin.

### Norwegische Studenten für deutsche Studenten.

Die Sammlung der norwegischen Studenten für ihre deutschen Kollegen hat ein Ergebnis von 34.015,64 norwegischen Kronen ergeben. Nach Verhandlung der norwegischen Studenten mit Reichsanwalt a. D. Dr. Michovits hatten die norwegischen Studenten 30.000 Kronen für Studentenrisiken in Berlin überlassen, so daß 700 Studenten täglich ein nahrhaftes Essen in 3 Monaten bekommen können. Der Restbetrag wird unter die Universitäten in Kiel und in Greifswald verteilt, wo das Interesse für die künftige Verbindung zwischen Deutschland und Norwegen besonders groß ist. Die Sammlung für die deutschen Studenten in Norwegen wird fortgesetzt.

Zwillingsgeschwestern überfahren und getötet. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich gestern nachmittags in der fünften Stunde in Potsdam. Die vierjährige Zwillingsgängerin des Kernerweges Ernst Bräutigam aus Potsdam wollte einem Automobils in der Charlottenstraße ausweichen und stieß direkt in die Elektrische hinein. Beide Kinder wurden überfahren und waren sofort tot.

Ermäßigte Schülerferienarten. Für die bevorstehenden Weihnachtsferien werden die Schülerferienarten wie bereits die Briten, Arbeiter- und Schülerferienarten ebenfalls mit 50 vom Hundert im Preise ermäßigt. Zur Durchführung der Maßregel werden als Schülerferienarten halbe einzelne Fahrkarten dritter und vierter Klasse angegeben, die mit dem Stempel (Mittelfahrer) versehen werden und in Verbindung mit dem entsprechenden ausweisenden Antrag auf Hin- und Rückfahrt gelten.

Die Umstellung des Postverkehrs. Am 15. Dezember tritt die Umstellung des Postverkehrs auf wertbeständige Grundlage ein. Es wird ein Postanweisungsverkehr in variabler Höhe herbeigeführt. Im besetzten Gebiet dürfte eine Sonderregelung stattfinden, und zwar dergestalt, daß dort Reichspapiergeld einbezahlt werden kann und wertbeständig zur Anrechnung und im besetzten Gebiet wertbeständig zur Auszahlung kommt. Einabläufe mit dem bisherigen Reichsgebiet kommen nicht in Frage, doch dürfte das für den 20. Dezember zur Ausgabe kommende wertbeständige Rhein- und Ruhrgebiet auch im Postverkehr angenommen werden.

Strenge Strafen. Eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Verschärfung der Strafen auf Grund des Beamtenabnahmehes findet morgen, Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Volkshochschule, Schillerstr. 124, Charlottenburg am Platz, Referent: Stadtratsmitglied Herr Dr. Krammer. Um Teilnahme der proletarischen Eltern wird gebeten.

### Ein Flug rund um die Welt.

Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Weeks den Weg für einen Rundflug um die Welt genehmigt hat. Den im März nächsten Jahres 4 Flugzeuge mit dem Ausanfangspunkt Washington unternehmen werden. Die Strecke wird über Seattle, Kanada, Sibirien, Japan, China, Indo-China, Siam, Burma und Indien zum persischen Golf führen. Von hier über die Türkei, über den europäischen Kontinent, England, Island, Grönland führt die Linie zurück nach den kanadischen Küsten und über Montreal nach Washington. Mit dem Flug durch Grönland wird für August gerechnet.

Großfeuer in einem oberirdischen Industriebau. Am Montag abend brach in der Sprungfederfabrik der oberirdischen Eisenindustrie aus bisher unbekannter Ursache ein großes Feuer aus. Die Fabrik wurde bis auf die Grundmauern vernichtet. Bei den Rettungsarbeiten sind zwei Feuerwehrleute zu Schaden gekommen. Der Sachschaden ist erheblich. Durch die Vernichtung des Fabrikgebäudes sind dreihundert Arbeiter beschäftigungslos geworden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 12. Dezember:

- 21. Abt. Die Mitgliederversammlung findet nicht Christburger Str. 7, sondern in der Schulstraße, Christburger Str. 14 statt.
- 22. Abt. 7 Uhr Abteilungsabend bei Schmidt (untenes Saal), Jungfernstieg 96. Die Weihnachtsfeier müssen abgebrochen werden.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr Adolfsplatz, Bismarck Str. 27, Bismarck, Krammer, Krammer Str. 9; Bismarck, Bismarck Str. 73; Bismarck, Bismarck Str. 23; Bismarck, Bismarck Str. 23. Mitgliederversammlung findet in diesem Monat nicht statt.
- 24. Abt. Mitgliederversammlung und Adolfsplatz findet heute aus und findet nächsten Mittwoch statt. Unionsferien sind beim Gen. Rother, Schillerstr. 15, abzuholen.
- 25. Abt. Die Jahreshauptversammlung findet am Mittwoch, den 12. Dezember, nachmittags 10 Uhr, Zusammenkunft in der Forster Schule. Einleitung der Spenden zum Wohlfahrtsausflug (13. Dezember). Die Genossen werden gebeten, sich recht an den Weihnachtsfeier zu beteiligen.
- Charlottenburg. 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Bismarck, Kaiserin-Augusta-Allee 81, Vortrag des Genossen Klein, 10. - 23. Abt. 7 1/2 Uhr Adolfsplatz: 8. und 9. Gruppe bei Helmer, Wilhelmsdorfer Str. 21; 10. Gruppe bei Helmer, Schillerstr. 43.
- 27. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr Adolfsplatz: 1. und 2. Bezirk in der Schule Adolfsplatz, 2. Referent Dr. Friedländer, 3. Bezirk bei Wittmann, Bismarck-Str. 73. 4. Bezirk bei Gumb, Weininger Str. 8. Referent Genosse Jochim.
- 28. Abt. Schöneberg. Adolfsplatz in den bekannten Lokalen. Referent in allen Parteien über „Die Gemeindefragen“.
- 29. Abt. Marienfeld. 7 1/2 Uhr Adolfsplatz bei Schuster, Richter, 22.
- 30. Abt. Reinick. 7 Uhr in der Schule Marienfelder Weg 65-69, Mitgliederversammlung.
- 31. Abt. Friedrichshagen. 8 Uhr bei G. A. Kriegerstr. 80. Referent Genosse Ceterum über „Rentenmarkt und Währungsreform“.
- 32. Abt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr Adolfsplatz in folgenden Lokalen: 1. und 2. Gruppe bei Richter, Jungfernstieg 10; 3. Gruppe bei Richter, Schillerstr. 15; 4. Gruppe bei Richter, Schillerstr. 15; 5. Gruppe bei Richter, Schillerstr. 15; 6. Gruppe bei Richter, Schillerstr. 15.
- 33. Abt. Adolfsplatz. 8 Uhr im Saal Ambers, Bahnhofsstr. Mitgliederversammlung. Jeder bringt 1 Brief mit.
- 34. Abt. Adolfsplatz. 7 Uhr Adolfsplatz an bekannter Stelle.

### Morgen, Donnerstag, den 13. Dezember:

- 7. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr bei G. A. Kriegerstr. 17. Zusammenkunft aller Genossen und Genossen, die in der Wohlfahrtsreise, im Arbeiterwohlfahrtsausflug oder bei den Kinderfreuden tätig sind. Aufzählen werden alle Genossen und Genossen, um Aufzählen gebeten, die bei dem kommenden Hilfsfest der Arbeiterfreunde tätig sein wollen.
- 11. Abt. Adolfsplatz. 7 1/2 Uhr in der Aula des Reichsanwaltsamts, Vorkonferenz alle 41. Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Krammer über „Währungsreform und Entwertungsforderungen der Arbeiterpartei“. Referent: Krammer.
- 12. Abt. Adolfsplatz. 7 Uhr im Saal Ambers, Bahnhofsstr. Mitgliederversammlung. Die Parteiführer sind verpflichtet, einzutreten.
- Jugendorganisation. Gruppe Adolfsplatz: 7 1/2 Uhr beim Genossen Richter, Straße am Hohenberg 117, Aussprache über „Arbeiterjugend und Jungsozialisten“.

### Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Jugendorganisation und -genossenschaft. Unser „Arbeiterfest“ den Inhalt in diesem Jahre wieder eine Weihnachtsfeier mit Verkauf im Jugendheim, Lindenstr. 3. Die Ausstellung beginnt am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 1 Uhr. Zur Ausstellung gelangen Bücher, Bilder, Aquarelle, Plakate und sonstige Arbeitsartikel.

Heute, Mittwoch, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

- Friedrichshagen: Jugendheim Berliner Str. 43, G. A. Kriegerstr. Vortrag: „Genossen“.
- Friedrichshagen: Jugendheim Berliner Str. 22, part. Vortrag: „Gemeindefragen“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.
- Schöneberg: Jungfernstieg 10-12, part. Vortrag: „Arbeiterjugend und Sozialismus“.

# Neuordnung im Betriebe.

## Unternehmerappell an den Egoismus.

Die Firma H. Bernert, Metallwarenfabrik, Charlottenburg, Bielandstr. 42/43, verleiht unterm 5. Dezember 1923 an ihre Arbeiter folgenden Rundschreiben, das wir vollständig wiedergeben, weil es bezüglich für den Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer, dem unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Krise wieder zur Geltung verhelfen werden soll.

### Geldmarktlöhne — Geldmarktarbeit!

Die Nachkriegszeit mit ihrem unheilvollen Zwangstarifsystem der Gewerkschaften hat es zumege gebracht, daß die Betriebe so gut wie ruiniert sind. Sie wissen selbst aus Ihrer Jugendzeit zu meiner Firma, daß wir im Frieden fast 300 Personen beschäftigten. Wie war dies möglich? Doch nur dadurch, daß jederqualitative das Beste und quantitative so viel als möglich leistete, wofür er selbstverständlich auch nach seinen Leistungen seine Entlohnung erhielt. Durch die Zwangstarife der Gewerkschaften ist dieses produktive Arbeitsprogramm vollständig über den Haufen geworfen. Sie wissen selbst, daß sich jeder nicht so in seiner Leistung enthalten konnte und durfte, wie er es gern wollte und wie er es auch für sich und für seine Familie notwendig hätte sondern er war gezwungen, immer andrerweitige Rücksicht zu nehmen (auch auf schwächere Kräfte); es wurde nach oben hin der Verdienst beschränkt, und was war die Folge davon? Daß seine Arbeitsleistung unbedingt sinken mußte zu seinem Schaden und zum größten Nachteil unserer Firma, die ihm ja die Arbeitsmöglichkeit verschaffte. Sie wissen selbst, daß ganz bedeutende Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden mußten, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Entlassung eines sehr großen Teils unserer Hilfskräfte und teilweise unseres Stammpersonals und, wie die Dinge heute liegen, steht die Katastrophe unbedingt unabänderlich vor der Tür. Ich habe lange geögert, mit Entlassungen an das Stammpersonal heranzutreten, aber es ist dies eine Notwendigkeit, wenn die bisherige Arbeitsweise beibehalten wird. Wie ist dem zu steuern? Was in meinen Kräften steht, um den Betrieb wieder produktiv zu gestalten, wird und muß geschehen, das können Sie versichert sein, denn es ist ja schließlich die Lebensnotwendigkeit meiner Firma, und das, was für mich gilt, muß auch für jeden, der in meinem Betrieb beschäftigt ist, das gleiche sein, d. h. lassen wir alle Beschränkungen,

alle Tarife, alle sogenannten Rücksichtnahmen fallen,

die wir vor dem Kriege auch nicht hatten, wo jeder sein Geld verdient hat und im Prinzip viel und bedeutend mehr bekommen hat wie bisher.

Der Neuaufbau meiner Firma möchte ich mir folgendermaßen „Freie Bahn dem Tüchtigen“, jeder leiste, was er leisten kann! Keiner soll auf den anderen neidisch sein, denn der eine hat eben die Fähigkeit, mehr und noch mehr zu schaffen und der andere, welcher schwächer in seiner Arbeitsweise ist, muß sich damit abfinden, denn es ist unmöglich, die schwächeren Kräfte auf Kosten der guten Kräfte durchzuschleifen. Es wird auch für diese ein großer Ansporn sein, wenn sie sehen, daß ihr Mitarbeiter seine Arbeit schneller, leistungsfähiger ausführt und sich dem Wettbewerb zwischen den einzelnen Arbeitsteilungen unbedingt aufstellen und heben. Das ist die Grundbedingung, die für die Produktivität unseres Betriebes notwendig ist. Lassen Sie sich nicht von den Leuten beeinflussen, die ganz andere Interessen haben, deren Interessen absolut nicht die Ihren sind, und die, wenn es zum Klappen kommt, spurlos verschwinden. Die Entlohnung auf neuer Basis wäre folgende:

Kein Sonderlohnabkommen, sondern als Mindestentlohnung gelten die allgemein gezahlten Sätze, die zwischen dem Reichsarbeits-

ministerium und dem Verband der Berliner Metallindustriellen vereinbart sind (zurzeit unsere Grundmarktlöhne). Alle darüber hinausgehenden Zulagen, sei es für Lohn- oder für Akkordarbeiter, werden direkt geregelt zwischen der Betriebsleitung und jedem einzelnen Arbeitnehmer ohne Zutun irgendwelcher Leute, die von der ganzen Sache nicht das geringste verstehen.

Auch hier darf nicht der Reiz regieren, denn Sie wissen selbst, es hat früher Reute gegeben, die haben mehr und das Doppelte verdient wie die anderen; dadurch wurden sie auch eine Stütze der Firma und werden es auch wieder sein.

Ich richte daher dieses Schreiben an jeden persönlich und möchte Sie bitten, sich in Ruhe die einzelnen Punkte klar zu überlegen, denn es handelt sich sowohl um Ihre wie um die Existenz der Firma. — Sie wissen, wir sind durch das Zwangstarifsystem weit über die Weltmarktlöhne gekommen, das Ausland macht sich immer mehr und mehr fühlbar, und unser alter Betrieb muß sonst zugrunde gehen. . . .

Überlegen Sie sich diese Neuordnung eingehend, besprechen Sie es mit Ihren Familienangehörigen und lassen Sie sich nicht durch leichtfertige hingenommene Worte irgendwelcher Personen beeinflussen, behalten Sie Ihren eigenen Willen, den Sie früher gehabt haben vor dem Kriege, lassen Sie sich nicht summarisch Sachen vordrängen, die obwol Ihrem Empfinden zuwiderlaufen. Nur auf dieser freien Basis der gegenseitigen Vereinbarung ist ein Aufstieg unseres Betriebes überhaupt möglich. Ich habe den festen Willen, wieder mit dem Geschäft vorwärts zu kommen und, wer dafür ist und mitarbeiten will, dem reiche ich gern zur tatkräftigen Mitarbeit meine Hand und meine Unterstützung. Wer sich aber dieser unbedingt notwendigen Neuordnung verschließt, der möge auch den freien Mut haben, dies zu betonen und

### meinen Betrieb freiwillig zu verlassen

denn zwingen zu einer Beibehaltung der alten Unorganisation wie bisher, sollte ich mich auf keinen Fall.

Die Betriebsleitung ist über die einzelnen Punkte genau orientiert und möchte ich Sie ersuchen, falls Sie mit mir zusammen den Aufbau unserer Firma vornehmen wollen, sich an Ihren Arbeitsmeister oder direkt an die Betriebsleitung zu wenden, welche Ihnen die wenigen, aber so wichtigen Punkte des neuen Arbeitsvertrages aushändigen wird. Ich hoffe auf Ihre trügliche Unterstützung und Mitarbeit.

Hochachtungsvoll Bernert

Es führte zu weit, auf alle Schiefheiten dieser Fuchspradigt für Enten einzugehen. Die perfekten Vorkurven, die gegen die Arbeiter erhoben werden, werden auf die Organisation, die Gewerkschaft, abgewälzt. Der Betriebsleiter appelliert an den Egoismus der einzelnen Arbeiter, um die gegenseitige Solidarität der Arbeiterkraft zu befehlen. Er sinit „keinen“ Arbeiter an, ihr Wohl und Wehe in kein persönliches Erweisen zu stellen und ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Was es mit der „freien Uebereinkunft“ zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Unternehmer sieht, solange auf der einen Seite die Furcht vor Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite die wirtschaftliche Lebermacht herrscht, dürfte auch dem einfältigsten Arbeiter längst klar geworden sein.

Die Arbeiter können aus diesem Rundschreiben nur die Lehre ziehen, daß sie jetzt, in der Zeit der Krise, in der ihre Zwangsange zwanzigen der Unternehmerinteressen auszuweichen versucht wird, erst recht zu ihrer Organisation stehen müssen und nur unter deren Mithilfe die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbaren.

seiligen Weisbegünstigung. Der Vertrag geht über das rein wirtschaftliche Gebiet weit hinaus und greift auch auf rechtliche, kulturelle und andere Fragen über. In dem Vertrag finden u. a. folgende Punkte ihre Regelung: Einreise und Niederlassung; Erwerb und Uebertragung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum; Ausübung des Handels- und Gewerbebetriebes; Zulassung und Gründung von Gesellschaften, Beteiligung an ihnen und ihre Besteuerung; die Aus-, Ein- und Durchfuhr; die Frage der Handelsreisen und des Ausfuhrverkehrs. Einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages bildet ein eingehendes Konsularabkommen. Die Geltungsdauer beträgt 10 Jahre vom Tage der Ratifikation ab, nach Ablauf dieser Zeit gilt eine einjährige Kündigungsfrist.

Der Aufruf von Notgeld. Die Reichsregierung hat durch eine Verordnung den Termin für den Aufruf des wertbeständigen Notgeldes, der ursprünglich für den 15. Dezember d. J. vorgesehen war, hinausgeschoben und die Bestimmung des Aufruftermins dem Reichsfinanzminister überlassen. Die Einlösung der Notgeldscheine kann erst nach dem vom Reichsfinanzminister bestimmten Aufrufstermin verlangt werden. Dies gilt auch dann, wenn auf dem Notgeldschein ein früherer Einlösungstermin zugesichert ist. Der Aufruf des wertbeständigen Geldes ist de halb hinausgeschoben worden, weil der Zahlungsmittelverkehr, besonders in landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden auf das wertbeständige Notgeld als Zusatz zu den sonstigen Zahlungsmitteln nicht verzichten kann, solange die Rentenmarkt noch nicht in der ganzen vorgezeichneten Höhe in den Verkehr gebracht worden ist. Hierzu kommt, daß für die nächsten Tage der Aufruf des Papiergeldes im unbefestigten Gebiet, mit Ausnahme des von der Eisenbahn ausgegebenen Notgeldes vorgesehen ist und daß erfahrungsgemäß während des Weihnachtsverkehrs und zum Jahreswechsel von jeder eine starke Verknappung der Zahlungsmittel eintritt. Der Verkehr könnte eine weitere Verknappung durch das Herausziehen des wertbeständigen Notgeldes nicht vertragen. Der Beginn des Aufrufs des wertbeständigen Notgeldes ist für den 15. Januar 1924 in Aussicht genommen.

Die Rentenmarksaussage schreibt jetzt derart fort, daß täglich 100 Millionen Rentenmark gedruckt werden, die auf dem Wege über das Reich oder durch Kredite an die Privatwirtschaft in den Verkehr gesetzt werden. Bisher sind ungefähr 1 Milliarde Rentenmark ausgegeben. Das ist noch nicht die Hälfte der nach dem Gesetz zu leistenden Summe von 2,4 Milliarden. — Die Rentenbriefe werden vorläufig an der Börse nicht eingeführt. Die Rentenbank begründet das damit, daß ein Verkauf von Rentenbriefen nur gegen

**Der Rabe als Weihnachtsmann**



ist sicher willkommen, denn die Rabenspezialitäten benötigt jedermann, und in Zeiten der Knappheit erweisen praktische Geschenke doppelt, da sie einem Ausgabener sparen, die man sich sonst noch machen müßte, tägliche Bedarfsgegenstände wie die beliebte, verbilligend wirkende

**ZAHNPASTA NIVODONT**

bereiten heute mithin weit mehr Freude als reine Luxusartikel. Zarte Fürsorge für die im Winter stärker gefährdete Gesundheit verrät sie. Gegen Ansteckung mit Grippe usw. schützenden

**CALCIFORM-TABLETTEN**

und eine Tube 6er Frost-, Haut- und Wundsalbe Campholint (31,6 Proc. Cerussa, 5,2 Proc. Camphor. synth., 63,2 Proc. Adeps laevis) gegen rissige Haut, rote Hände und Frostbeulen.

# Wirtschaft

## Die Umbildung des Kohlsyndikates.

Die bereits angekündigte Umbildung des Rheinisch-Beskrätischen Kohlsyndikates ist am Sonnabend beschlossene worden. Neuchurch tritt die Umbildung bereits darin in Erscheinung, daß das Syndikat seinen Namen ändert und sich von jetzt ab „Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle L. G.“ nennt. Die Umbildung des Syndikates, das bisher Organ der Gemeinwirtschaft für den Ruhrkohlenbergbau gewesen ist, reicht in ihrer Bedeutung weit über den Interessenkreis der Kohle hinaus. Man erinnere sich nur daran, daß die Frage der Kohlensozialisierung in Deutschland in allen amtlichen Entwürfen und in den Berichten der Sozialisierungskommission immer davon ausging, daß alle Kohlenzechen zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenzufassen sind. Der neue Vertrag durchkreuzt diese Ansicht vollständig, indem er denjenigen Zechen eine bevorzugte Stellung einräumt, die irgendwie mit verarbeitenden Werken verknüpft sind. Die Bevorzugung geht soweit, daß eine Zechen erhöhte Kohlenmengen als Selbstverbrauch an Unternehmungen liefern kann, wenn nur die Hälfte und im Mindestfalle sogar nur 35 Proz. der Aktien des anderen Unternehmens in ihrem Besitz ist. Da nun diese Zechen über einen großen Teil ihrer Kohle verfügen können, ohne den Bestimmungen des Syndikates und über ihren Abschlag unterworfen zu sein, liegt in dieser Vertragsbestimmung geradezu ein Zwang zur Angliederung an Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie, will man nicht ganz konkurrenzunfähig werden. Dieser Zwang geht noch weiter, denn als Selbstverbrauch werden auch solche Kohlenmengen anerkannt, die zum Louch gegen Erz, Roheisen und Halbzeug für den eigenen Betrieb abgeschlossen werden. Die Schwerindustrie hat sich so das wertbeständige Zahlungsmittel gesichert und sich zugleich besondere Abfahrrechte für Kohle vorbehalten. Die Umänderungen, die man für die reinen, also von der Eisenindustrie unabhängigen betriebenen Zechen geschaffen hat, sind demgegenüber verhältnismäßig gering.

Der Vertrag tritt in Kraft, wenn bis zum Freitag, den 14. Dezember, 94 Proz. der im bisherigen Syndikat vereinigten Zechen ihre Zustimmung gegeben haben. Man rechnet damit, daß diese Zustimmung erfolgt, obwohl das Kohlsyndikat in seinen eigenen Reihen auch so starke Gegner hat, wie z. B. Thyssen, der der Verhandlung ferngeblieben ist.

Im übrigen will man versuchen, zwischen dem neuen Kohlsyndikat und den gemeinwirtschaftlichen Organen der Kohlenwirtschaft, Reichskohlenrat und Reichskohlenverband wie bisher Fühlung aufrechtzuerhalten und will daher die Vertreter der Arbeitnehmer für die neue Vereinigung gewinnen. Auch in den Ausschüssen will man vier Vertreter der Arbeitnehmer aufnehmen.

Man wird demnach mit weiteren Zusammenballungen innerhalb der Rheinisch-Beskrätischen Schwerindustrie rechnen können, denen die bisherigen Abfahrbestimmungen des Syndikates noch hemmend im Wege standen.

### Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Ueber die Grundlinien des am 8. Dezember d. J. in Washington unterzeichneten Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland meldet B.T.Z. folgendes: Die Grundlage des Vertrages bildet die Gewährung der beider-



